

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 2. Sonnabend, den 14. Januar 1911. 15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Pflastersteinzollrummel. II. — Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1910. — Massen und Führer. I. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Unternehmer-Argumentation. — Aus dem bürgerlichen Recht. — Schnaps in Bekleidungen. — Literarisches. — Feuilleton: Der Untergang der Sklaverei im Altertum. — Aphorismen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperzt sind: Baumholder: Firma Burger. — Emden: Plaz Kleemann. — Sulzfeld (Baden): Firma Jakob Kern. — Miltenberg, Amorbach, Bürgstadt und Eichenbühl: Die Betriebe der Firma Jeller. — Demitz-Thumitz: Die Firmen Döcke & Forke und Eisold. — Reinheim: Die Firma Jakob & Komp. in Wersau. — Balduinstein: Zementfabrik Hemminge.

Hemminge, Kirchhausen, Sonderbach, Rimbach und Hemsbach. Im Odenwald-Granitgebiet sind noch 205 Kollegen ausständig. Durch schriftliche Beweise ist festgestellt, daß Herr Bräuer christlich organisierte Steinarbeiter als Klausurierer benutzen will. Die Unternehmer bieten alles auf, in Böhmen und aus der Haugenberger Gegend Streikbrecher anzuwerben. Wenn die Unternehmeragenten kommen, Kollegen, weist ihnen die Tür.

Ettringen bei Mayen (Rheinland). Die Firma Gebrüder Ott hat unseren Mitgliedern gekündigt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbande auszutreten. Die Firma ist gesperrt.

Bennigsen. Die Firma C. Mensig bezahlt so schlechte Preise, daß wir den reisenden Kollegen den Hinweis geben müssen, sie möchten nach hier den Zugang unterlassen.

Reichenbach im Odenwald. Die Firma Deutsche Steinindustrie Aktien-Gesellschaft hat ihren Arbeitern gekündigt. Grund hierzu ist folgender: Die Firma verlangte von den Kollegen eine schriftliche Erklärung dahingehend, daß die Hilfsarbeiter während dem Bestehen des Steinmeß- und Schleifertarifes keine Lohnforderungen und auch keine Massenkündigung vornehmen. Diese Forderung der Firma wurde natürlich abgelehnt. Der Streik unserer Kollegen ist somit perfekt geworden. Die Granitarbeiter haben Zugang fernzuhalten.

Bremen. Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter ist erledigt. Außer einigen Verbesserungen konnte der Stundenlohn für gelernte Hauer von 65 auf 70 Pfg. und der Lohn für Schleifer von 55 auf 57 1/2 Pfg. erhöht werden.

Eichershausen. Die Firma Annawerk Brunkenjen hat sämtliche Steinmeßen, die sich keinen Lohnabzug gefallen lassen wollten, entlassen. Zugang ist fernzuhalten.

Südbad. Die Kollegen der Firma Emil Plettner (vorm. Löbeck & Passarge) stehen seit 2. Januar wegen Nichtanerkennung des bestehenden Lohns im Streik. Die Firma versucht, Akford einzuführen.

Oesterreich. Gesperzt sind: Karlsbad, Olmütz und Graz.

Schweiz. Gesperzt sind: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Tuffsteinarbeiter. — Zürich: Marmorfirma Schneebeli.

Frankreich. Gesperzt ist: Abainville.

Pflastersteinzollrummel.

II.

Warum sind die Steinseher gegen den Zoll.

Unsre Freunde, die Steinseher und Kammer, werden durch die Zollagitation der Steinindustriellen immer aufs neue beunruhigt. Im deutschen Steinseher- und Pflasterergewerbe sind ca. 20 000 Personen beschäftigt und wenn der Pflastersteinzoll eingeführt wird, so würde davon ein Teil arbeitslos werden. In den großen Städten und Kurorten sind die Steinseher durch die Begünstigung des Asphalt- und Holzpflasters mit ihrer beruflichen Tätigkeit ohne weiteres ausgeschaltet. Wer sich in den Großstädten etwas näher umsieht, wird staunen, wie die Verwendung des Asphalt in der Zunahme begriffen ist. Leider existiert keine allgemeine Uebersicht, wieviel Millionen Quadratmeter Straßenfläche in Deutschland asphaltiert sind, aber das eine steht fest, die Verwendung des Asphalt nimmt ständig zu. Je höher den kommunalen Verwaltungen das Granit-, Basalt- und Grauwackepflaster zu stehen kommt —

und der Zoll wird das bewirken —, desto mehr wird Asphalt begünstigt werden. In den Sitzungen der Stadtverordneten erheben ja die Herren Hausbesitzer ständig den Ruf: Mehr geräuschloses Pflaster, damit die Hauspächter leichter vermieten können; die Wohnungsmieten werden in den sogenannten ruhigen Straßen exorbitant in die Höhe geschraubt. — Und die städtischen Hausbesitzer berühren sich mit ihrem Begehren mit den technischen Kapazitäten. Denn kein anderer wie Stadtbaurat Voß in Elberfeld sagt:

Die Asphaltstraße hat den Ruf einer vollkommenen Straße. Infolge des dichten Abchlusses gegen den Untergrund durch die Betondecke und infolge der täglichen Abwaschung, die sie erfordert, ist die durch Staub und Schmutz hervorgerufene Plage auf ein geringes Maß beschränkt. Das störende Verkehrsgeschrei macht sich auf ihr wenig bemerkbar, gar nicht zu reden von der wesentlichen Erleichterung, die sie dem Wagenverkehr durch das geringe Maß von Widerständen bietet.

Die Verwendung des Holzpflasters nimmt ebenfalls zu, wenn auch die Reparaturkosten ziemlich hohe sind. Voran mit dieser Neuerung marschiert natürlich Berlin. Das erste Holzpflaster wurde in Berlin im Jahre 1879 an drei verschiedenen Stellen probeweise verlegt, neben dem Opernhaus, in der Oberwallstraße und auf der Friedrichsbrücke. Im Jahre 1881 wurde auch die Friedrichsstraße von der Behrenstraße bis etwa zur Weidenbammbrücke und die Georgenstraße am Bahnhof Friedrichstraße mit Holz gepflastert, so daß zu Ende jenes Jahres in Berlin rund 10 000 Quadratmeter Holzpflaster lagen. Es folgten andre Straßen und Plätze, namentlich der Platz vor dem Opernhaus und der Platz vor dem Zeughaus. Es lagen in Berlin im zehnten Jahre nach jenen am Opernhaus, in der Oberwallstraße usw. gemacht in Versuchen über 63 000 Quadratmeter Holzpflaster. Später wurde das Holz besonders für die Pflasterung der Brückenrampen und für diese sogar lieber als jedes andre Pflaster verwendet. Im Frühjahr 1904 lagen rund 90 000 Quadratmeter Holzpflaster, und bei den Neupflasterungen in 1904/05 ist Holz für 50 000 Quadratmeter in Aussicht genommen worden.

Wie seither in Berlin die Pflasterung mit Holzklöschgen weiter vor sich gegangen ist, können wir leider mit Ziffern nicht belegen. Aber erst kürzlich hat ein Fachmann in der „Bauteil“ empfohlen, daß die abgenutzten Holzklöschgen etwa um 1 Zentimeter kürzer gemacht werden sollten, dann kann wiederum eine Verwendung des austrangierten Pflasters erfolgen. Besonders in Paris hat man mit dieser Methode sehr günstige Erfahrungen gemacht. — Das Holzpflaster hat unter den Straßenbautechnikern sehr viele Freunde, allerdings noch mehr wird Asphalt bevorzugt.

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Kunstpflasterwerken entstanden, die wir doch der Vollständigkeit halber bekannt geben müssen. In Straßenbauwettbewerb treten auf: Vitulit, Quarite, Vulkanol, Antihumid, Vestrumid, Bitamac, Bajaltrid, Weberli-Macabam, Termac, Granulit, Teer-Zementpflaster usw. Wenn sich von den genannten Sorten auch nicht alle bewähren, einige sind aber doch darunter, die in umfangreicher Weise Verwendung finden werden.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß als Pflasterungsmaterial auch noch die Schlackensteine Verwendung finden, die in den Hochofenwerken hergestellt werden. Die Mansfeldischen Kupferhüttenwerke stellen im Jahre etwa 530 000 Quadratmeter Schlackepflastersteine her, und in Rheinland und Westfalen wird von einigen Werken ebenfalls eine Massenschlackensteinfabrikation vorgenommen.

Es kann somit ohne jegliche Uebertreibung gesagt werden, daß mit Vorliebe künstliche Pflasterungsmaterialien zur Verwendung kommen. Dagegen können natürlich die Pflastersteinhändler in den Steinbrüchen und die Steinseher und Kammer nichts einwenden, der gegenseitige Wettbewerb kann nun nicht ohne weiteres wegbedeutet werden. Kommt nun der Zoll für schwedische Steine, dann müssen die Steinseher in Bremen, Hamburg, Kiel, Bismar, Rostock, Wolgast, Greifswald, Stettin, Danzig, Königsberg usw. ihren Beruf an den Nagel hängen, denn mit einem Schlage ist dort der Massenverwendung des künstlichen Pflasters Tor und Tür geöffnet. Es ist ohne weiteres klar, daß nach den genannten Städten Pflastersteine aus Mittel- und Süddeutschland wegen den zu hohen Frachtpreisen nicht geliefert werden können. Wo sollen nun jene Städte ihre Pflastersteine herbeiziehen, wenn Schweden wegen des hohen Zolls nicht mehr liefern kann? Die Städte werden natürlich ihre Straßenbauprogramme durchführen müssen — der schwedische Granit verschwindet und das Kunstpflaster gewinnt an Boden. Das weitere Resultat wird sein, die Steinseher werden um Arbeit und Brot gebracht und unsre Kollegen in der Steinindustrie haben von alledem keinen Nutzen. Wir können es vollkommen begreifen, wenn sich deshalb die Steinseher mit aller Schärfe gegen den Zoll wenden, denn kein Mensch will sich wirtschaftlich ruinieren lassen.

Der glänzende Aufschwung der Steinindustrie.

Die Unternehmer stellen sehr häufig die Behauptung auf, daß die deutsche Steinindustrie in ihrer Entwicklung nur mühsam vorwärts käme. Schuld an dieser Misere sollen die Pflastersteine sein, welche aus Schweden eingeführt werden. Mit allgemeinen Redensarten den Unternehmern gegenüberzutreten hätte aber keinen Zweck und unsern Kollegen wäre damit auch gar nicht gedient. In welcher glänzender Weise sich die Steinindustrie entwickelte, ergeben ja die Berichte der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft. Die einzelnen Rechnungsjahre (1885 bis 1909) weisen folgende Zahlen auf:

Jahr	Betriebe	Boll-arbeiter	Boll-arbeiter auf einen Betrieb	Effektiv-arbeiter	Effektiv-arbeiter auf einen Betrieb	Ausgeschaltete Lohnsummen
1885	9 484	84 525	7,1	165 000	13,9	65 256 166
1886	11 832	92 175	7,2	187 848	14,6	61 846 114
1887	12 850	97 932	7,5	243 108	18,8	66 531 879
1888	12 916	105 820	7,5	264 690	18,9	73 945 121
1889	14 025	114 594	7,6	227 079	15,2	82 553 030
1890	14 983	115 658	7,5	313 044	20,3	84 283 249
1891	15 709	115 275	7,3	264 582	16,8	83 087 444
1892*	15 709	110 493	7,0	227 500	14,4	80 195 416
1893	15 746	109 751	7,0	226 300	14,4	79 879 058
1894	15 870	110 556	7,0	228 000	14,4	81 388 235
1895	16 193	122 029	7,5	252 200	15,6	92 130 260
1896	16 818	130 146	7,7	330 882	19,7	100 791 774
1897	17 108	141 952	8,3	369 257	21,6	115 404 707
1898	17 345	158 446	8,8	416 095	24,0	129 042 933
1899	17 545	158 609	9,0	419 144	23,9	137 227 843
1900	13 234	148 615	11,2	384 086	29,0	129 755 673
1901	13 195	149 274	11,3	378 813	28,7	129 042 933
1902	12 888	152 410	11,8	391 172	30,4	134 482 784
1903	12 713	158 261	12,4	406 617	32,0	143 329 724
1904	12 696	160 848	12,7	427 122	33,6	150 873 267
1905	12 745	170 161	13,4	459 929	36,1	167 971 919
1906	12 779	174 446	13,7	476 691	37,3	183 705 607
1907	12 423	169 566	13,6	499 719	35,4	177 783 556
1909	12 358	161 749	13,1	416 732	33,7	170 611 273

* In diesem Jahre wurden 50 schiffliche Bergwerksbetriebe der Knappschäftsberufsgenossenschaft überwiesen.

Im Jahre 1907 wurden allerdings 174 446 Bollarbeiter gezählt, diese Zahl sank auf 161 749 im Jahre 1909. Der Rückgang ist durch die Krise erklärlich und wird meist auf das Konto der Sandsteinindustrie fallen. Daß aber die Hartstein- bzw. Pflastersteinindustrie ganz rapide gewachsen ist, zeigt uns mit großer Genauigkeit die Gewerbe- und Berufszählung vom 12. Juni 1907. — In den Steinbrüchen (ausgenommen Kalkbrüche) waren beschäftigt:

1895	68 554 Personen
1907	98 406

Zunahme 29 852 Personen

Das ist geradezu ein enormer Aufschwung, welcher der Hartsteinindustrie zugute gekommen ist, und die seitigen Bemerkungen der Unternehmer fallen wie ein Kartenhaus zusammen. — Soweit die gröbere und feinere Verarbeitung der Steine durch Steinmeßen in Frage kommt, ist allerdings ein Rückgang zu verzeichnen.

Als Steinmeßen waren beschäftigt:

1895	45 563 Personen
1907	42 598

Abnahme 2 965 Personen

Die Pflastersteinindustriellen des Odenwalds machten vor Jahresfrist an das Reichskanzleramt eine Eingabe, in welcher behauptet wird, daß sie bis zum Jahre 1906 etwa 500 gelernte Pflasterer beschäftigt hatten, während heute bloß noch 50 ihre Tätigkeit ausüben. Wir bemerken, daß die Herren noch keine 500 Arbeiter beschäftigt hatten, und wenn einige Brüche eingestellt wurden, so kam das daher, weil sie zu stark ausgeschunden waren. Vielfach ist bei den Steinindustriellen noch die Meinung vorhanden, daß das miserabelste Material zu Pflastersteinzwecken Verwendung finden kann.

Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1910.

In einem Rückblick auf das Jahr 1910 gibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein anschauliches Bild von der gewerkschaftlichen Tätigkeit des vergangenen Jahres. Auf gewerkschaftlichem Gebiete ein Jahr neuen und erfreulichen Aufschwungs und starker Kämpfe, auf sozialpolitischem Gebiete ein Jahr der Stagnation und auf politischem Gebiete ein solches der Reaktion, so charakterisiert es das Korrespondenzblatt. Nach den statistischen Aufzeichnungen war ein Rückgang des Andrangs Arbeitssuchender und somit eine Besserung der Konjunktur zu beobachten. In den Gewerkschaften machte sich eine erhöhte Kampfesaktivität geltend, die zwar stets eine Begleitererscheinung günstiger Wirtschaftskonjunktur ist, im vergangenen Jahre aber noch ihre besondere Urfache in den Wirkungen der Finanzreform hatte; die Arbeiter suchten die Preisverteuerungen zahlreicher wichtiger Lebensmittel durch eine Erhöhung der Löhne wettzumachen.

Sehr befriedigend ist der Erfolg der Gewerkschaften in der Mitgliederzunahme. Nach den von der Redaktion

des Korrespondenzblatts gemachten Zusammenstellungen von 47 Verbänden vom dritten bezw. vom zweiten Quartal 1910 hatten diese eine Mitgliederzunahme von 193 316 oder 11,08 Prozent, so daß für unsere Zentralverbände auf einen Zuwachs von rund 200 000 Mitgliedern gerechnet werden kann; damit wäre die zweite Million Mitglieder überschritten! Mit diesem Ergebnis ist ein neuer denkwürdiger Abschnitt der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht. Die erste Million brachte uns das Jahr 1904 nach mehr als 20jähriger Organisationsarbeit. Schon drei Jahre später waren wir hart an die Grenze der zweiten Million herangekommen, und nur die Wirtschaftskrise hinderte den weiteren Vormarsch. Nach zweijährigen Störungen und Schwankungen ging es wieder vorwärts und in eine neue Periode des Aufschwungs hinein.

Die Organisationskonzentrationen durch Verschmelzungen einzelner Verbände lassen einige Verbände zu gigantischen Größen auswachsen. Bereits zählen sieben Verbände mehr als 100 000 Mitglieder, davon einer nahezu 1/4 Million, und der größte nahezu 1/2 Million. Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Massenorganisationen, die Gewerkschaftskämpfe Massenkämpfe größten Stils geworden, und die Strategie dieser Kämpfe erfordert ein vorher nie gekanntes Maß von Anspannung und Verantwortung.

Das sozialpolitische Ergebnis des Jahres erscheint dagegen sehr unzureichend. Das Arbeitstammengesetz verdrängt die Regierungen zu einem Gesetz gegen die Arbeiterorganisationen zu machen. Das Heimarbeitsgesetz bringt den ausgebeuteten Heimarbeitern keinen Schutz. Die Reichsversicherungsordnung bleibt in ihren einzelnen Bestimmungen noch unentschieden. — Auch der preussischen Wahlreform werden in dem Artikel einige treffliche Worte gewidmet.

Besonders bemerkenswert ist noch, wie das Korrespondenzblatt die gegenwärtige Situation beurteilt, in der die Reaktion im Verein mit den industriellen Scharmachern nach neuen Ausnahmegeetzen gegen die Gewerkschaften schreien. Es sagt dazu:

Die großindustriellen Scharmacher können die großen Niederlagen im Baugewerbe und in der Werftindustrie nicht verschmerzen. Sie suchen aus den durch polizeiliche Ausschreitungen in Moabit entstandenen Strafenkavallen die Notwendigkeit neuer Strafgesetze gegen Streik und Störung der öffentlichen Ordnung zu begründen, und der Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuchs hat ihren Wünschen bereits in hohem Maße Rechnung getragen. Was verschlägt es der Reaktion, daß aus dem Moabit der Arbeiterklasse ein Moabit der Polizei und Staatsgewalt wurde, daß heute die Polizei anstatt der Streikenden auf der Anlagengasse sitzt? Der edle Zweck, den sie mit diesem Prozeßverfahren verbindet und der Ruf nach der notwendigen Verstärkung, „17a“ folgte, wird deshalb noch lange nicht von ihr aufgegeben und der Ruf nach der notwendigen Verstärkung des Schutzes der öffentlichen Ordnung wird nach wie vor erhoben werden. In solcher Situation braucht das Volk eine Vertretung, an der alle Reaktionsversuche wirkungslos abprallen, einen Reichstag, der im Gegenteil bestrebt ist, das Leben des Staatsbürgers wirksamer gegen Mißbrauch der Staatsgewalt zu schützen.

Und so klingt der Artikel in einem hoffnungsfrohen Appell zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen aus.

Massen und Führer.

I.

In einer Versammlung der Referenten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in Hamburg sprach kürzlich Genosse v. Elm über obiges Thema. Nach dem Bericht des „Hamburger Echo“ hat der Redner folgende sehr beachtenswerten Ausführungen gemacht, die wir unsern Lesern hiermit unterbreiten.

Die Frage: „Massen und Führer“ stellt uns vor die Lösung des schwierigen Problems: Wie kann wirksame Verwaltung mit der Kontrolle seitens des Volkes vereinigt werden? Die Lösung ist so schwierig, daß sie sich kaum in schematische Formeln, die für alle Verhältnisse passen, hineinpfeifen läßt. Ich will deshalb versuchen, die Frage recht gründlich zu erörtern. Bei uns in Deutschland ist die Sache deswegen besonders schwierig, weil politische und gewerkschaftliche Bewegung so eng miteinander verbunden sind, daß die Arbeiter aus Diskussionen auf politischem Gebiet ohne weiteres die Anwendung auf gewerkschaftliche Vorgänge ziehen. Nun kann aber wohl eine Mißweisung gegen politische Führer und eine dadurch herbeigeführte Disziplinlosigkeit eines Teiles der Massen in einem bestimmten Distrikt unter Umständen ein Mandat kosten, Disziplinlosigkeit eines Teils der Massen in einer Gewerkschaft aber kann in ihren Folgen die Gewerkschaft finanziell ruinieren und kolossale Opfer von der Gesamtheit der Mitglieder heischen. Nun haben ohne Zweifel die Debatten vor, auf und nach dem Magdeburger Parteitag über diese Frage die jüngsten Vorgänge auf gewerkschaftlichem Gebiet beeinflusst und werden in den nächsten Jahren noch weiter ihre Wirkung ausüben. Wenn aber in Magdeburg das „demokratische Mißtrauen gegen alle Führer“ als Grundfalsch proklamiert wurde, so können die politischen Führer sich weit leichter damit abfinden als die gewerkschaftlichen. Mißtrauen hin — Mißtrauen her: Auf politischem Gebiet werden die Führer führend bleiben! Massenabstimmungen vor einer Entscheidung im Parlament sind ein Ding der Unmöglichkeit. Bei den gewerkschaftlichen Kämpfen liegen die Dinge anders! Die Massen wollen entscheiden und werden bei dem ihnen gepredigten Mißtrauen gegen die Führer deren Ratschläge häufig nicht befolgen. Auf politischem Gebiet sind die Massen noch nie führend gewesen und werden es auch nie werden. Ganz abgesehen davon, daß man sie nicht befragen kann. Es ist unmöglich, die Massen zu allen Einzelheiten eines Geschehens Stellung nehmen zu lassen. Es fehlt ihnen zur Beurteilung die Befähigung. Auf politischem Gebiet nehmen wir zu den Resultaten gesetzgeberischer Wirksamkeit Stellung. Die politischen Führer werden niemals Werkzeuge, Sandlanger der Massen sein. Anders liegt es bei den wirtschaftlichen Kämpfen. Wenn da die Massen die Führer zu Werkzeugen ihres Willens machen wollen, sind Konflikte unausbleiblich. Die sozialistische Bewegung ist heute eine Massenbewegung, aber die Idee n ist nicht von den Massen, nicht einmal von Arbeitern, sondern von hervorragenden Köpfen aus der bürgerlichen Klasse. Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht, selbst Bebel, waren keine Arbeiter. Die von ihnen entwickelten Ideen wurden von den Arbeitern akzeptiert, aus deren Köpfen stammen sie nicht! Lassalle war durchaus kein urwüchsiges Demokrat, sofern seine eigene Person in Frage kam. Er ließ sich 1863 von elf Männern zum Präsidenten auf fünf Jahre wählen. Der daneben bestehende Vorstand hatte das Recht, ihn nach einem Vierteljahr über die von ihm vollzogenen Handlungen zu befragen, und erst wenn die Mehrheit nicht einverstanden war, erfolgte Urabstimmung über Entsetzung durch die Generalversammlung. Gegen die „Diktatur“ des

späteren Präsidenten S. B. von Schweiger wandte sich Liebknecht. Die Eisenarbeiter hatten keinen Präsidenten, sondern einen Ausschuss von fünf Personen; der Sitz des Ausschusses wechselte jährlich, der Vorstand wählte die Mitglieder; alle statutarischen Änderungen unterlagen der Urabstimmung. Und das Resultat? Ein schlechtes, die Klassenverhältnisse zerrütet! Die Organisation des Einigungskongresses ist nie verwirklicht worden; warum, ist bekannt. Dann kam das Sozialistengesetz, das uns zu einem besonderen System zwang. Nach seinem Fall, insbesondere nach Aufhebung des Verbots des Inverbindungtretens, schufen wir eine straffe Zentralisation. Davon, daß die Massen die Führung der Geschäfte selbst in der Hand haben, ist überall keine Rede. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission führen die Geschäfte, der Parteitag kann zu den Resultaten Stellung nehmen. Genau so steht es mit der parlamentarischen Vertretung. Der Parteitag gibt das Programm, die Grundsätze, allgemeine Regeln — wie bei den einzelnen Geschehnissen zu entscheiden ist, bestimmen die Vertreter selbst. Zu den Resultaten wiederum kann der Parteitag Stellung nehmen. Das Referendum selbst ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das „demokratische Mißtrauen“ kann sich nachträglich äußern, an den getroffenen Entscheidungen wird dadurch nichts geändert. Anders bei den Gewerkschaften! Das „demokratische Mißtrauen gegen die Führer“ hat hier unmittlere Wirkungen. Die Zentralisation erfordert, daß den einzelnen Zweigvereinen nur eine begrenzte Autonomie zugestanden werden kann. Jemandem lokaler Streik kann die Aussperrung der gesamten Mitglieder bewirken. Wenn nun aber den Massen fortgesetzt gepredigt wird, daß die wahre Demokratie darin besteht, daß sie selbst entscheiden müssen, daß die Führer nur ihre Werkzeuge sein dürfen, dann sind schwere Konflikte unvermeidlich. Die Lösung des Problems, wirksame Verwaltung mit Kontrolle durch die Massen zu vereinigen, ist eben auf gewerkschaftlichem Gebiete ungleich schwieriger. In dieser Beziehung sind von großem Interesse die von dem Ehepaar Webb angestellten Untersuchungen, die in dem bekannten Buche: „Industrielle Demokratie oder Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“ niedergelegt sind. — Redner schildert eingehend, wie zunächst urwüchsigste Demokratie herrschte: Die Abneigung gegen alle parlamentarischen Formen entsprang der Tatsache, daß das Parlament noch wenig für die Arbeiter getan. In jeder Versammlung wurde ein neuer Präsident gewählt, bei den Beamten wechselte das Amt der Reihe nach. Man sagte: Alle Menschen sind gleich, daher müssen über das, was alle angeht, auch alle entscheiden! Als dann nationaler Zusammenschluß in losen Verbindungen erfolgte, wurde ein „governing branch“, ein „regierender Zweigverein“ bestimmt, dessen Beamten die zentrale Behörde darstellten; der Regierungssitz wechselte der Reihe nach. Diese billige Zentralverwaltung war nur ein Nachrichtenzentrum für die völlig autonomen lokalen Zweigvereine. Als mit der Zeit ein Beamter nötig wurde, stellte man den Generalsekretär an, der durch Abstimmung aller Mitglieder gewählt wurde. Alles, was nicht in Artikeln festgelegt war, unterlag der Urabstimmung. Das ist bei einzelnen Vereinen, z. B. den Bäckern, heute noch der Fall. Mit dem Uebergang zur nationalen Organisation mußte diese primitive Demokratie aufgegeben werden. Der Generalsekretär war der erste Schritt zu einer regierenden Beamtenklasse. Fähigkeit, Berufskenntnis, erworbene Tüchtigkeit in den Verwaltungsgeschäften brachten trotz der jährlichen Wahl eine Ständigkeit der Amtshaltung mit sich. Demgegenüber litt der Exekutivausschuss an wesentlichen Schwächen; der Generalsekretär hatte größere repräsentative Autorität als der Ausschuss, der aus Männern bestand, die im Gewerbe tätig waren, bei denen auch für lange Zeit die Wiederwahl ausgeschlossen war, so daß dem Ausschuss fortgesetzt neue, unerfahrene Leute angehörten. Die Anstellung des Generalsekretärs machte ein Umherwandern mit dem Hauptbureau unmöglich, es mußte ein fester Zentralort bestimmt werden. Man hatte in der urwüchsigsten Demokratie Delegiertenversammlungen, für die gebundenes Mandat galt; jeder Zweigverein bestimmte, wie sein Vertreter in jedem Punkte stimmen sollte. Das gab man vielfach auf, der Kosten wegen. Dann hatte jeder Zweigverein das Recht, Vorschläge zu machen, über die dann Urabstimmung entschied. Die Stimmen für und gegen wurden zusammengezählt. Die Folge dieser „reinen“ Demokratie war eine Flut von Verbesserungsvorschlägen und ein wirres Durcheinander — Blödsinn! Oft ergab die Urabstimmung völlig widersprechende Beschlüsse, unter anderem auch die Bekanntheit: Abschaffung der Beiträge und gleichzeitige Erhöhung der Unterstützungen. Man kam schließlich dazu, nur noch jährliche Abstimmungen über Statutenänderungen vorzunehmen, und endlich wurde das Referendum über diese gänzlich abgeschafft. Damit hatte die Revisionsarbeit einen bestimmten Abschluß gefunden. Die Methode, jedem Mitglied Anteil an der Leitung zu sichern, hatte Schwankungen der Gesetzgebung, Gefährdung gesunder Finanzen, allgemeine Schwäche der Verwaltung im Gefolge gehabt. Jetzt hatte nur die Exekutive noch das Recht, Urabstimmungen herbeizuführen. Dadurch wuchs die Macht des Generalsekretärs bis zur Diktatur. Mit einer solchen Beamtenbürokratie haben einige Gewerkschaften die besten Erfolge erzielt. So der der Kesselschmiede und Eisenbahnarbeiter, bei dem weitgehende Disziplinargewalt der Grund des Erfolges war. Webb nennt dies eine Gewerkschaftsdemokratie unaußgebildeter Art, das Referendum ein Mittel, die offizielle Ansicht den Mitgliedern aufzuzwingen. Das ging zu einer Zeit, da bei den Kesselschmiedern Knight am Ruder war, der heute im Direktorenrat vieler Dock- und Schiffbaukompanien sitzt, während sein Nachfolger, Cummings, im Handelsministerium angestellt ist. Zurzeit aber herrscht Rebellion im Verein, Arbeitseinstellungen gegen den Willen der Leitung fanden statt, Friedensvorschläge, denen die Leitung zustimmte, wurden verworfen; ein Konflikt, der heute noch nicht beendet ist. Wenn aber in der „Neuen Zeit“ Rothstein meint: „Immerhin scheinen die Massen jetzt entschlossen zu sein, die Führerschaft in ihre eigenen Hände zu nehmen“, und anscheinend Freude an der Wandlung empfindet, dann muß man doch fragen, wie er sich das denkt. Rothstein scheint kein besonderer Kenner der Gewerkschaftsverfassungen zu sein, denn er selbst berichtet gleichzeitig von einer Rebellion in zwei Gewerkschaften, in denen gerade die urwüchsigste Demokratie herrschte, bei der die „Massen die Führung selbst in die Hand“ nehmen.

Korrespondenzen

Bühlertal. Am 1. Januar fand im Gasthaus zur Laube unsere Mitgliederversammlung der beiden Filialen Bühlertal und Stedenhalt statt, welche gut besucht war. Kollege Weindl aus Kappelrodt referierte über das Thema: Die Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe. In ausführlicher Weise verhandelt es der Redner, das Thema zu behandeln. Für seine Ausführungen wurde ihm reichlicher Beifall zuteil. Auch erwähnte er die Kollegen, die bei der Firma Kautini in Arbeit waren und wegen Arbeitemangels abreisen mußten, auch fernerhin dem Verbände treu zu bleiben. Im Punkt Verschiedenes setzte eine lebhafteste Debatte ein. Ueber das Verhalten des Nachkollegen Schütz wurde scharfe Kritik geübt, da er es nicht unterlassen konnte, unsern Kollegen und Verbandsvorsitzenden Stärke in der gemeinsten Art zu verdächtigen. Auch wurde der Beifall gefaßt, ihn aus dem Verbände auszuschließen. Das Schlusswort erhielt Genosse Zeller. Redner schilderte den Anwesenden in leichtverständlichen Worten die kulturelle Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihrer Feinde. Am Schlusse seiner Ausführungen wurde ihm reichlicher Beifall zuteil. Wir hoffen, daß uns Genosse Zeller öfter mit einem solchen Vortrag beehrt.

Euenwalde. Am 6. Januar fand in Schönbachs Restaurant unsere diesjährige gut besuchte Generalversammlung statt. Zu Punkt 1 nahm ein von der Zahlstelle Demitz ernannter Kollege das Wort. Dieser schilderte die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und verglich die dortigen mit den untrigen. Er legte den Kollegen nahe, daß ohne ein einheitliches Zusammenarbeiten nichts zu erzielen sei, denn gerade in der jetzigen Zeit lassen die Unternehmer ihre Macht den Arbeitern gegenüber fühlen, indem sie direkt Lohnhänge machen. Er wünschte, daß wir uns sofort mit der Zahlstelle Demitz in Verbindung setzen. Der Vorsitzende dankte ihm für seine guten Ausführungen. Hierauf wurde eine Lokalkommission von sechs Mann gewählt. Zu Punkt 2, Beschließung über Kollegen, welche wegen Rückständen nach dem Satut gestrichen werden können, wurde der Antrag gestellt, daß die Kollegen nochmals angegangen werden sollen, ihren Pflichten nachzukommen. Der Vorsitzende hatte den festen Entschluß gefaßt, das Amt nicht mehr weiterzuführen, da es ihm immer wegen der auswärtigen Arbeit Beschwerden macht. Hierauf wurde vom Kollegen Domschke der Antrag gestellt, ihm für seine Bemühungen 15 Mk. zu gewähren und das Amt weiterzuführen. Da sich der Vorsitzende hierzu nicht entschließen wollte, ließ der Kollege Domschke abstimmen. Da der Vorsitzende sah, daß ihm vollständiges Vertrauen geschenkt wurde, nahm er die Wahl nochmals an. Weiter wurden nachstehende Kollegen gewählt: als zweiter Vorsitzender Hermann Geban, als erster Schriftführer Alwin Vogel, als zweiter Gustav Probst. Als Revisoren Ernst Valentin und Karl Dreßler. Es wurde vom Vorsitzenden noch angeregt, daß die Arbeitszeit und die Bundesratsverordnung besser eingehalten werden sollen. Ferner wurde beschlossen, eine Beschwärde bei der Gewerbeinspektion einzureichen, worauf sämtliche Mißstände verzeichnet werden sollen. Eine längere Debatte setzte wegen Kollegen Ernst Schäfer ein. Hierzu wurde der Vorsitzende ermächtigt, Beschwärde bei dem Zentralvorstande einzureichen.

Fridenhäusen. Am 6. Januar tagte im Gasthaus zur goldenen Krone unsere gutbesuchte Generalversammlung. Der Vorsitzende Hamm gab einen kurzen, sachlichen Jahresrückblick. Erfreulich ist die enorme Zunahme an Mitgliedern. Im Anfang des Jahres 1910 betrug die Mitgliederzahl 25, am Jahreschluss 52. Diesen Mitgliederzuzuwachs errangen wir durch den Tarifabschluss. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Stephan Hamm, zweiter Philipp Sch, Kassierer Johann Linz, Revisoren Michael Weylein und Georg Behn. Zu Punkt Verschiedenes stellten die jüngeren Kollegen den Antrag, einen Ball abzuhalten, welcher auch genehmigt wurde. Auch wurde darüber gesprochen, daß die nächstliegenden Zahlstellen von Fridenhäusen keine Leute mehr aufnehmen sollen, ehe die Ortsverwaltung in Kenntnis gesetzt ist. Am Schlusse der Versammlung wurde ein dreifaches Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband ausgedrückt.

Gommern. In einer sehr gutbesuchten Versammlung nahmen die hiesigen Steinarbeiter am 8. Januar Stellung zu der ihnen von den Unternehmern am Jahresanfang gestellten Arbeitsordnung. In einem vorzüglichen Referat unterzog der Gauleiter, Kollege Biemig, die Paragraphen der Arbeitsordnung einer scharfen Kritik — einzelne davon erinnern lebhaft an die Kriegsartikel. Ferner stellte er die Art, wie die Unternehmer sich über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einjagen, ins rechte Licht. Denn ohne der Arbeiterschaft vorher eine Silbe zu sagen, geben sie eine Arbeitsordnung heraus, in der Annahme, daß sich dieselbe ohne weiteres damit einverstanden erklären muß. Die Vorschriften der Gewerbeordnung scheinen für die Steinbruchbesitzer von Gommern nicht zu existieren. Sie haben aber die Rechnung ohne die organisierten Steinarbeiter gemacht, wie die einstimmige Annahme folgender Resolution beweist: „Die heute am 8. Januar 1911 im Volksmannschen Lokale tagende und von annähernd 600 Personen besuchte Steinarbeiterversammlung protestiert einmütig gegen die von den hiesigen Steinbruchbesitzern herausgegebene Arbeitsordnung und lehnt dieselbe ab. Aber nicht etwa deshalb, weil sie gegen Arbeitsordnungen überhaupt ist, sondern weil die herausgegebene den Anschauungen der Arbeiter nicht entspricht und weil bei der Formulierung der Arbeitsordnung die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet worden sind.“ Sodann wurde vom Kollegen Verbe Bericht erstattet über den Verlauf des Streiks der Steinhauer bei der Firma Ballenstedt (nicht Dammring, wie es irrtümlicherweise im „Steinarbeiter“ hieß) und über den gegenwärtigen Streik der Steinhauer bei Richard Schröder. Er hob hervor, daß durch die Arbeitseinstellung bei Ballenstedt für sämtliche in den hiesigen Steinbrüchen tätigen Steinhauer ein kleiner Erfolg herausgesprungen sei, insofern, daß denselben vom 1. Januar ab ein Teil der Schmelzschäfte vergütet wird und der Streik somit erfolgreich beendet werden konnte. Nur Rich. Schröder weigert sich, den dort beschäftigten Steinhauern diesen kleinen Vorteil zu gewähren. Als ein Verhandeln mit Schröder sich als unmöglich erwies, blieb unsern Kollegen weiter nichts übrig, als die Arbeit einzustellen und zu warten, bis daß Herr Schröder andern Sinns geworden ist. Herr Schröder ist eine von denjenigen Naturen, die keinen Widerspruch dulden und alles das, was sich ihnen entgegenstellt, am liebsten mit roher Gewalt zertrümmern möchten. Er ist schon öfter als einmal tückisch gegen Arbeiter geworden, hat aber fast regelmäßig den Kürzeren dabei gezogen. Gesetzliche Bestimmungen und Vorschriften existieren für ihn überhaupt nicht. In keinem andern Betrieb werden die Bestimmungen der Bundesratsverordnung so mit Füßen getreten. Von einem Reizigen der Unterfunktsräume ist gar keine Rede. Selbstverständlich hat Herr Schröder auch eine patriotische Ader. Bei der Sammlung für das abgebrannte Luftschiff des Grafen Zeppelin war es, als sein Patriotismus höher schwelte. Er ermunterte seine Arbeiter zur Teilnahme an der Sammlung dadurch, indem er ihnen ganz einfach einen bestimmten Teil vom Lohne kürzte. Alles Protestieren half nichts, in oalglaten Worten erzählte er den Arbeitern, welche hohe Ehre es für sie sei, wenn auch ihr Name unter den Spendern bekannt gegeben würde. Er erzählte, daß er ebenfalls 30 Mark gestiftet habe, in Wirklichkeit hat er nur 3 Mark gegeben. Diese paar Beispiele von den Charaktereigenschaften des Herrn Schröder zeigen, daß Geistes Kind er ist. Jetzt ist er an den Unrechten geraten und kann sich an dem Steinarbeiterverband die Zähne ausbeißen.

Hasserode. Vor etwa fünf Monaten wurde im Granitwert Steinerne Renne der Betrieb eingestellt und wir brachten aus diesem Anlaß einige Beispiele, die zeigten, worin die Ursachen des Niedergangs des Werkes zu suchen seien. Die Leitung des Werks scheint aber trotz den zehnjährigen Erfahrungen, die gemacht worden sind und die auch dem heutigen Betriebsleiter, Herrn Norden, nicht unbekannt sein dürften, die gesunde Entwicklung des Werkes in der Bezahlung möglichst niedriger Löhne zu erblicken. Als der Betrieb eingestellt war und außer den Lehrlingen nur noch einige unsern Kollegen beschäftigt wurden, erniedrigte Herr Norden sofort den Stundenlohn der Kollegen um 5 Pfg. und rechnete ihnen vor, daß sie damit noch auskommen könnten. Jetzt zu Weihnachten gab es einen blanken Taler Weihnachtsgratifikation, wenn unsern Kollegen im Werke mit dem Stundenlohn auskommen können, ist es ihnen sogar möglich, den Taler auf die Sparkasse zu tragen. Nun scheint der Betrieb wieder langsam in Gang gebracht werden zu sollen, denn Herr Norden sucht einen Tarif. Der Harttarif scheint ihm nicht zuzugunsten und er schickte daher einen Vertreter nach dem Fichtelgebirge, um in den Besitz des dortigen, für die Arbeiter schlechteren Tarifs zu gelangen. Der Vertreter des Werkes fing die Sache aber etwas ungeschickt an, und unser dortigen Kollegen merkten Wind und gaben den hiesigen Kollegen Nachricht. Die Art und Weise, wie Herr Norden in den Besitz eines Fichtelgebirgstarifs zu kommen versuchte, ist recht eigentümlich, wie sich bei der Wirtschaftsweise, die im Granitwert schon immer herrschte, längst an den Genuß starken Tabaks gewöhnt, aber

das hier übertrifft doch alles Dagewesene. Einige Pfennige für Porto oder einige Worte an Gasseröder Steinbauer hätten doch genügt, Herrn Norden in den Besitz des Tarifs gelangen zu lassen, statt dessen läßt er einen Beamten eine Reise machen, um in den Besitz des „kostbaren Schatzes“ zu gelangen. Er glaubt wohl, wenn er den Tarif hat, dann hätte er auch schon die Leute, die danach arbeiteten. Wir glauben es aber nicht; wir meinen vielmehr, daß es ihm nicht eher gelingt, Leute zu finden, die im Harz zu Bedingungen arbeiten, unter denen man im Fichtelgebirge schafft, bis daß er vielleicht selbst diesen Beweis erbracht hat, aber nicht mit Worten, sondern mit Taten und auch nicht auf ein paar Tage, sondern auf mindestens ein Jahr.

Heppenheim. Im „Mainzer Journal“ finden wir einen Artikel über die Szenen der Streikenden. Es ist notwendig, einige Nichtigkeiten zu machen. Am Mittwoch, 28. Dezember, kamen auf dem Bahnhof Heppenheim 12 Mann Arbeitswillige an. Dieselben wurden von Gendarmerie, Unternehmern und Polieren empfangen. 9 Mann wurden in der Wirtschaft zur „Harmonie“ in Heppenheim untergebracht. Gegen Mittag gingen einige Frauen und Männer in die Wirtschaft, um mit den Arbeitswilligen zu sprechen. Nach einigen Auseinandersetzungen kamen die Leute mit zur Streikleitung. Ganz besonders zeichneten sich die Poliere Hofer und Herrmann aus. Als einige Zeit darauf die Gendarmen und Polizeibeamten in das Streiklokal kamen und jeden einzelnen Arbeitswilligen fragten, ob er bedroht worden sei, da antworteten sie alle mit Nein. — Nun war aber bei den 9 Mann ein Vater, dessen Sohn in Ronndach untergebracht war. Derselbe verlangte, daß die Leute mitgehen sollen, um seinen Sohn zu holen, denn er will ihn nicht hier lassen. Er gab auch ein Telegramm auf, welches aber wieder zurückging mit der Bemerkung, der Adressat sei nicht anwesend. Nun gingen zwei Arbeitswillige, einige Frauen und Männer nach Ronndach. Die Frauen gingen in das Haus, wo zwei Arbeitswillige untergebracht waren. Sofort zog einer einen langen Dolch und wollte auf die Frauen losgehen. Als er aber die Männer hinten stehen sah, ließ er von seinem Vorhaben ab und sie gingen mit den Frauen auf die Straße. Dort sagten sie, behaltet unser Gepäck, wir wollen in das Haus von Bräuer und wollen die andern auch mitnehmen. Als die Arbeitswilligen im Hause des Bräuer waren, wurde die Tür verschlossen und sie konnten nicht mehr raus. Die Leute verlangten vom Wächtermeister, Bräuer soll die Leute rauslassen. Aber vergebens. Ein Sohn des Herrn Bräuer schloß durch eine Hintertür in den Steinbruch und brachte den dort beschäftigten vier Arbeitswilligen Revolver. Als dieselben dann in Dorfe ankamen und von den Frauen zur Rede gestellt wurden, feuerte einer sofort einen Schuß ab. Nun hatte die Geduld der Ausgesperrten ein Ende. Es wurde dann auf die Arbeitswilligen geworfen, wobei der Sohn des Herrn Bräuer und ein Arbeitswilliger eine unbedeutende Verletzung erlitt. Der Arbeitswillige wurde am anderen Tage vom Oberwächtermeister gefragt, ob seine Verletzung gefährlich sei, worauf er erklärte, es sei nicht schlimm. Arztliche Behandlung hatte der Mann nicht. Auch bei Herrn Bräuer kann die Verletzung nicht so schlimm sein, denn er springt den ganzen Tag auf der Straße herum.

Die Ausgesperrten sind von der Leitung strengstens angewiesen und zwar schon bei Beginn des Kampfes, sich ja nicht gegen das Gesetz zu vergehen. Und dazumal ist diese Warnung bekannt gegeben worden. Aber die paar Arbeitswilligen mit ihren Revolvern traten in der provozierendsten Weise auf. Wenn es bisher zu keinen größeren Ausschreitungen kam, so deshalb, weil unsere Kameraden sehr wohl Disziplin zu halten verstehen. Aber wenn die gesamte Bevölkerung über die Unternehmern aufgeregt ist, so deshalb, weil es nun endlich genügend bekannt ist, wie raffiniert die Herren vorgegangen sind. Von den Streikbrechern seien besonders nachstehende Namen hervorgehoben: Johann Obermüller, Robert Obermüller, Gotthard Jägs und Alois Wönniger. Gebürtig sind diese Velden in Hemmerau bei Hauzenberg. Den Hauptling gibt Johann Obermüller ab, welcher auch den Unternehmern die nötigen Direktiven gibt, damit neue Streikbrecherkolonnen angeworben werden können. — Es ist traurig genug, daß es den Unternehmern überhaupt gelungen ist, aus dem Saupfaffen Balde Arbeitswillige anwerben zu können. Wir haben ja zum größten Teil die Angeworbenen wieder abhangen können, so daß sich jetzt die Unternehmer sogar über die Treulosigkeit der Herbeigekommenen entrichten.

Im Besonderen des Verbandsvorsitzenden Starke hat vor dem Kreisamt eine Unterhandlung stattgefunden. Die Unternehmern nahmen davon Abstand, ihre bekannten Forderungen: Austritt aus dem Verband, Tarifverlängerung bis zum Jahre 1915, aufrechtzuerhalten. Die Position bezüglich des Akkordtarifs erhielt einige Modifikationen, so daß die Aussicht besteht, daß der gewalttätige Kampf beendet werden kann.

Es ist selbstverständlich, daß die Granitarbeiter bis auf weiteres den Zugang nach dem Heppenheim-Kirchhausener Gebiet streng fernhalten werden.

Hena. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche mäßig besucht war. Der Kassierer gab zunächst den Kassenbericht vom 4. Quartal: Einnahme 684.20 Mark, Ausgabe 390.24 Mark, Kassenbestand 293.96 Mark. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Am Schlusse des Jahres zählten wir 40 Mitglieder. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Senf, 2. Vorsitzender: Schuchardt, Kassierer: Hugo Kemser, Schriftführer: Döpel, Revisoren: Döpel und Schuchardt. Ein Antrag, dem Gesamtvorstand 20 Mark für seine Mißverwaltung zu bewilligen, wurde angenommen. Im Punkt Verschiedenes kam es wieder zu einer lebhaften Debatte über das Granitwerk von S. Conradus. Es herrschen da wieder Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Dieser Herr sucht fortwährend Schleifer und Steinmehrer; fallen dann die Kollegen auf diesen Köder rein, so erhalten sie 8 Tage Arbeit und können dann wieder gehen. Dadurch, wenn einer geht und der andre befindet sich schon wieder auf dem Weg zur Werkstätte, kann hier unmöglich was erzielt werden. Es ist traurig, daß dieser Platz so viel Anziehungskraft auf die Granitarbeiter ausübt, trotz der miserablen Zustände. Herr C. pfeift auf den Tarif, solange er sich eines so regen Zuspruchs der Steinarbeiter erfreuen kann. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, diesen Platz so viel als möglich zu meiden.

Kamenz. Am 28. Dezember fand im Imbadischen Gasthof zu Bernbrück unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Karl Riese stellte den Antrag, dem Gewerkschaftskartell einen Geldbetrag zur Vergrößerung der Bibliothek zu überweisen. Die Anwesenden sind hiermit einverstanden und werden für die Bibliothek 10 Mark bewilligt. Beim 2. Punkt wird beschlossen, am 15. Januar im Gasthof zum Löwen die Hauptversammlung abzuhalten, in welcher die Jahresrechnung gegeben wird und die Neuwahlen stattfinden. Eine rege Debatte entspann sich über die kommende Neuwahl, da der Vertrauensmann, S. Dorn, amtsüdi ist. Wir laden daher zu der am 15. Januar stattfindenden Hauptversammlung alle Kollegen ein, denn wir brauchen eine geeignete Person, die den Platz des Vertrauensmanns einnimmt. Kollege Ernst Ritzke richtete an die Kartelldelegierten die Bitte, sie möchten den Antrag im Gewerkschaftskartell einbringen, daß naturwissenschaftliche Bücher angeschafft werden sollen.

Rödingsbrück. Sonntag, den 26. Dezember v. J., tagte hier eine Mitgliederversammlung. Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1910 ergab eine Einnahme von 436.89 Mark, dem eine Ausgabe von 266.21 Mark gegenübersteht. Mitglieder sind 54 vorhanden. Kasse und Bücher wurden in bester Ordnung befunden, dem Kassierer wurde Dank ausgesprochen. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden die Kollegen Richard Berge als Vorsitzender und Ernst Guhr als Kassierer wiedergewählt, als stell-

vertretender Vorsitzender und Schriftführer fungiert Kollege A. Godebeter. Im Punkt Verschiedenes wurde bemängelt, daß die Versammlungen so schlecht besucht werden. Es ist traurig, daß Kollegen, die seit einem halben Jahre unserm Verbands angehören, noch nicht eine Versammlung besucht haben. Auch betreffs Zahlung der Beiträge liegt es bei einigen Kollegen sehr im argen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kollegen auf ihre Pflichten besinnen. Kollegen! Ein neues Jahr hat begonnen; setzen wir alle Hebel in Bewegung, die uns noch fernstehenden Arbeiter für unsern Verband zu gewinnen. Gelint uns das, dann werden wir keine so ergebnislosen Kämpfe mehr zu führen brauchen wie vor drei Jahren. Sehen wir doch alle Tage, wie die Unternehmer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln uns zu unterdrücken suchen. So hat Herr Pösch seinen Arbeitern auf Ehrenwort versprochen, ihnen zum 1. Dezember v. J. eine Abschrift von dem bestehenden Tarif zu geben; die Kollegen haben sich aber getäuscht, wenn sie glaubten, Herr Pösch würde sein gegebenes Ehrenwort einlösen. Ein ganz neuer Tarif wurde uns vorgelegt. Das Verlangen der Kollegen, den neuen Tarif mit dem alten vergleichen zu können, wurde von Herrn Pösch abgelehnt.

Verbach. Am 8. Januar fand im Schützenhause zu Osterode unsere Generalversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Vorsitzende einen Rückblick über das verfloffene Jahr, das uns infolge einer Enttäuschung gebracht hat, als unsere Zahlstelle einen enormen Mitgliederverlust zu verzeichnen hat. Zu Punkt 2 gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal bekannt, welcher eine Einnahme von 238.48 Mark verzeichnet, der eine Ausgabe von 124.15 Mark gegenübersteht. Nachdem Kollege Bader erklärte, die Abrechnung revidiert zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der nun folgenden Wahl wurde Kollege Bader als Vorsitzender, S. Kleine als Stellvertreter, W. Koch als Kassierer wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Greve und als Revisoren die Kollegen Aug. Dampwolf und S. Freye gewählt. Es wurde noch angeregt, möglichst jeden Monat eine Zusammenkunft des Vorstandes abzuhalten. Bei Punkt Verschiedenes wurde von drei Kollegen berichtet, daß sie bei den Kollegen aus dem „Stukenloch“, die dem Verbands den Rücken gekehrt haben, eine Hausagitation abgehalten hätten und es gelungen sei, einige derselben wieder zum Eintritt zu bewegen. Mit dem Wunsch, alles daranzusetzen, um diesen verloren gegangenen Platz wieder zu erobern, wurde die Versammlung geschlossen.

Lübeck. Die Lübecker Granitindustrie Emil Wietner (vorm. Töbeol u. Passarge) hatte am 30. Dezember 1910 durch Anschlag bekannt gegeben, daß vom 2. Januar 1911 ab nur noch im Akkord gearbeitet werden sollte, und wurden die Kollegen, die dort beschäftigt sind, am 2. Januar zur Verhandlung eingeladen. Der hier am Ort bestehende Lohnrat hat, da er von keiner Seite gekündigt wurde, bis 1. April 1912 Gültigkeit. Das Ansuchen der Firma wurde deshalb abgelehnt. In der hierauf mit der Lohnkommission stattgefundenen Verhandlung versuchte die Firma ihren Standpunkt betr. Akkord durch veränderte Betriebsverhältnisse und damit zu begründen, daß sie ohne einen Akkordtarif nicht mehr kalkulieren könne. Wir sind der Meinung, was andern Geschäftsinhabern in andern Städten mit demselben Tarifverhältnissen möglich ist, muß auch dieser Firma möglich sein. Um uns die Aenderung schmackhaft zu machen, wurde immer von der Firma betont, daß unser Lohn nicht geschmälert werden, sondern wir sogar mehr verdienen sollen. Wenn man bedenkt, daß dieser Akkordtarif auf 58 Pfg. Stundenlohn berechnet ist, wir aber 70 Pfg. verdienen sollen, so wird es jedem einleuchten, daß von den Kollegen eine bedeutende Arbeitsleistung mehr verlangt wird, obwohl bis jetzt schon das äußerste geteistet wurde, da es an einer reichlichen Kontrolle nicht gefehlt hat. Wer also die Bedingung erfüllt, kann bei der Firma arbeiten, wer nicht, der flieht. Es ist uns ja nichts Neues, da der frühere Geschäftsinhaber, jetziger technischer Leiter, Herr Töbeol, schon mehrmals, zuletzt Weihnachten 1909, auf verschiedenen Wegen versucht hat, unter Umgehung des Lohnrat's Akkord einzuführen.

Dörschburg. Die am 6. Januar im Lokale zur Rose abgehaltene Generalversammlung war nur mäßig besucht. Aufgenommen wurde 1 Kollege. Rautter gab den Tätigkeitsbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 11 Monatsversammlungen stattgefunden haben. Den Kassenbericht gab der Kollege Ritter. An Beitragsmarken wurden zu 45 Pfg. 537, zu 50 Pfg. 400, zu 40 Pfg. 21 und zu 30 Pfg. 9 Stück verkauft. Die Gesamteinnahmen betragen 1097.93 Mark, die Ausgaben 1006.71 Mark. Kassenbestand 91.22 Mark. Für die an der Aussperrung Beteiligten wurden 486.60 Mark Maßregelungsunterstützung ausbezahlt. Die Wahlen haben eine scharfe Debatte hervorgerufen, da die bisherigen Vorstandsmitglieder ihr Amt nicht mehr annehmen wollten. Jedoch sind B. Rautter als Vorsitzender und August Ritter als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Die alten Revisoren wurden wiedergewählt, neu kommen hinzu der zweite Vorsitzende, sowie zwei Beisitzer aus Leonbronn. Als Bezirksvertrauensmann wurde wieder der Kollege Rautter gewählt. Hoffen wir, daß wir dieses Jahr besser abschließen als in dem Vorjahre und daß sich die Mitgliederzahl verdoppelt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Nachdem in letzter Zeit in mehreren Orten des Zabergraus Steinarbeiterversammlungen stattgefunden haben, um die dortigen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, ist es auch nach harter Mühe gelungen, einen kleinen Erfolg zu erringen. Jedoch gibt es noch viele Steinarbeiter, die immer noch der Meinung sind, für sie habe die Organisation keinen Wert. Wenn man aber die Lohnverhältnisse betrachtet, so wäre es doch dringend notwendig, wenn sie sich der Organisation anschließen würden, denn mit einem Lohn von 2 Mark pro Tag im Winter ist es doch nicht möglich, auszukommen; auch nicht, wenn man einige Grundstücke besitzt. Dabei sehen wir, daß auch die Frau zum Unterhalt der Familie beitragen muß, indem sie in die Tabakfabrik schaffen geht. Kollegen, diese traurigen Zustände können wir nur dann bessern, wenn wir uns gemeinsam der Organisation anschließen. Die vielfach noch vorhandene Angst vor den Unternehmern (wir könnten dadurch keine Arbeit mehr bekommen) ist geradezu beschämend. Einen Lohn, wie wir ihn hier im Zabergrau bekommen, können wir überall erzielen. Uebrigens sind die Steinbruchbesitzer auf uns Steinarbeiter angewiesen. Glauben die Herren vielleicht, daß sie zu solchen Löhnen auswärtige Arbeiter bekommen? Die Drohung, daß die Unternehmer eventuell ihre Betriebe stilllegen würden, ist nicht ernst zu nehmen, denn dadurch würden diese nicht nur ihres Profits, sondern auch ihres Kapitals verlustig.

Dörschburg. Am 6. Januar fand im Gasthaus zum Storch unsere Generalversammlung, welche sehr gut besucht war, statt. Die Zahlstelle zählt gegenwärtig 58 Mitglieder. Nach der Protokollverlesung wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Es wurde als Vorsitzender Leonhard Steinlein, als Kassierer Joseph Enders und als Schriftführer Georg Wiener wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurden gewählt Michael Schwarz, als Revisoren Michael Uminger und Michael Lampe. Hierauf wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Drei Kollegen wurden in den Verband aufgenommen; somit hätten wir die bis jetzt uns ferngebliebenen Kollegen gewonnen. Im Punkt Verschiedenes wurde ein Bericht des Gauleiters verlesen, in welchem mitgeteilt wurde, daß der hiesige Bezirksamtmann, Herr Hänlein, als unparteiischer Vorsitzender im Schiedsgericht fungiert. Sodann wurde von den Kollegen der Firma Kaiser A.-G. energisch gegen den Werkführer Hasenstab Protest erhoben. Er will den Tarif nicht anerkennen. Es wurde hier-

auf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die im Gasthaus zum Storch versammelten Steinarbeiter nehmen hiermit Kenntnis von dem unerhörten Verhalten des Geschäftsführers Herrn Hasenstab in Dörschburg, Firma Kaiser A.-G. Die Anwesenden fordern von der Direktion, im Interesse des Friedens Herrn Hasenstab auf die Abmachungen des hiesigen Normaltarifs streng hinzuweisen. Die Versammelten bedauern sehr, daß gerade S. mit ganz gemeinen Worten die bei jedem Stück vorkommende Reklamation zurückweist; was dann oft zu ernstlichen Komplikationen Veranlassung gibt.“ Nach lebhafter Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Pilgramsreuth. Am 1. Januar fand hier beim Gastwirt Andreas Bergmann unsere Hauptversammlung mit Neuwahl statt. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Johann Kästner, als 2. Kollege Karl Grieshammer, als Kassierer Kollege Fritz Köbe und als Schriftführer Kollege Johann Rauf gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Christian Wolf und Gottfried Schimmel gewählt. Als Ortsstatistiker fungiert Kollege Andreas Werner. Kollege Schimmel gab die Anregung, daß sich doch die Anwesenden der Sektion des Wahlvereins anschließen möchten, um auch politisch die Partei zu unterstützen, denn die nächsten Reichstagswahlen würden sicherlich interessant werden. Der Vorsitzende gab in trefflichen Ausführungen beachtenswerte Fingerzeige, wie wir in diesem Jahre die Kleinarbeit unterstützen müssen. Im Fichtelgebirge sind bezüglich der Mitgliederermehrung noch ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen; Hunderte von Unorganisierten können noch gewonnen werden. Möge das Jahr 1911 für die hiesigen Steinarbeiter sehr fruchtbringend sein.

Reichenbach i. D. Es sind nun nahezu 6 Jahre, daß in Reichensbach und Umgegend der Verband der Steinarbeiter Deutschlands festen Fuß gefaßt hat. Schon im Jahre 1905 hat die Millionenfirma Kreuzer u. Böhringer ihren Arbeitern das Koalitionsrecht durch Aussperrung geraubt. Dieses Vorhaben der Firma wäre nicht gelungen, wenn nicht die Mehrzahl der betreffenden Kollegen kurz vor Abbruch des Kampfes in den Betrieb gelaufen wäre. Auch die Firma Deutsche Steinindustrie A.-G. Reichenbach i. D. glaubte zu gleicher Zeit durch Aussperrung von 30 Kollegen wegen Verbandszugehörigkeit die Organisation aus dem Odenwald entfernen zu können. Diese Differenzen wurden durch Unterhandlungen des Redakteurs Staudinger aus Leipzig mit genannter Firma unter Anerkennung der Organisation beigelegt. Zugleich wurde ein Tarif für Steinmehrer abgeschlossen, der am 31. Dezember 1908 abließ. Vor Ablauf des Tarifs wurden 36 Kollegen entlassen. Da die Unterhandlungen nicht zur Einigung führten, so waren unsere Kollegen 11 Wochen im Ausstand. Die Beendigung dieses Streiks erfolgte durch Tarifabschluß am 19. März 1909. Der neue Tarif wurde auf zwei Jahre unterschrieben und endete mit dem 31. Dezember 1910. Während dieser Zwischenzeit haben sich nun die Schleifer und Hilfsarbeiter dem Verband angeschlossen. Gerade bei den vorgenannten Arbeiterkategorien hat man hier noch beschämende Lohnverhältnisse zu verzeichnen. Schon bei den ersten Unterhandlungen des Steinmetztarifs wurde von seiten der Firma ein Tarif für Schleifer und Hilfsarbeiter verlangt. Auf Wunsch dessen hatte die Unterhandlungskommission einen Tarif für diese beiden Gruppen eingereicht. Bei den Unterhandlungen des Schleifertarifs wurde nichts erzielt. Zu gleicher Zeit wurde von seiten der Firma eine dahingehende „Erklärung“ verlangt, „daß die Hilfsarbeiter während des Bestehens des Steinmetz- und Schleifertarifs keine Lohnforderung und keine Massentündigung vorsehen“. Diese unverfälschte Forderung der Firma wurde natürlich mit Recht abgelehnt. Somit war die Aussperrung perfekt. Es erhielten am 17. Dezember 1910 101 Kollegen ihre Kündigung. Am 18. Dezember fand dann eine Mitgliederversammlung statt, in der festgestellt wurde, wieviel Kollegen keine Kündigung erhielten. Das Resultat ergab 13 Kollegen. Der Vorsitzende forderte dieselben zur Einreichung der Kündigung auf. Die Verhandlungen am 5. Januar durch Gauleiter Sarfert aus Mannheim sind gescheitert. Zugang nach dem Odenwald und Bergstraße ist strengstens fernzuhalten.

Schrettersgrün. Die am Neujahrstage abgehaltene Generalversammlung der Zahlstelle Treuen war schlecht besucht. Hieraus ist zu ersehen, was für ein Streben unter den Kollegen für das Verbandsideal vorhanden ist. Die Interesslosigkeit ist ein Hindernis zur Verbesserung unserer Berufsfrage. Und es ist zu wünschen, daß die späteren Versammlungen besser besucht werden. Aus der Vorstandswahl gingen als gewählt hervor: Adolf Kastlitz: Vorsitzender, Arno Kober: Kassierer, Peter Pauli: Schriftführer, Gerold, Kunze und Dahn: Revisoren. Als Gewerkschaftskartelldelegierte fungieren die Kollegen Schmitz und Friedrich. Weiter wurde vom Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 bekannt gegeben und ihm Entlastung erteilt. Unter Punkt Verschiedenes kam zur Sprache, daß die im November v. J. abgehaltene Generalversammlung der Krankenkasse für ungültig erklärt wurde.

Zell-Weinersreuth. Am 1. Januar tagte beim Gastwirt Benker in Zell unsere Mitgliederversammlung. Die Versammlung, welche auf 3 Uhr einberufen war, mußte wegen zu schwachen Besuchs auf 5 Uhr vertagt werden. Die Schuld daran tragen immer ein und dieselben Kollegen, die meistens noch Geschäfte zu besorgen haben, oder sich von andern Wirtschaften nicht trennen können. Wir halten so schon wenig Versammlungen ab, alle Quartal höchstens zwei, da könnte doch jeder einmal in unser Lokal kommen. Der Versammlung lag folgende Tagesordnung zur Erledigung vor: 1. Kassenbericht; 2. Wahlen; 3. Wünsche und Anträge. Die Kassenführung wurde als sehr gut bezeichnet, das vorhandene Geld und Markenmaterial laut Bücher und Belege für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Das Wahleresultat ist folgendes: 1. Vorsitzender: Andreas Gilt (wiedergewählt), 2. Vorsitzender: Friedrich Dietel (neugewählt), Kassierer: Joh. Becker, Schriftführer: Joh. Zeitler, Revisoren: Christian Blos und Joh. Schmidt (sämtlich wiedergewählt). Beim 3. Punkt wurde scharf kritisiert das Aufhängen während der Ruhepausen sowie das Arbeiten nach dem Signal. Da muß in Zukunft mehr Ordnung herrschen; pünktlich anfangen, aber auch pünktlich aufhören. Es wurden auch wieder einige Aufnahmen gemacht; ein Zeichen, daß es, wenn auch langsam, doch sicher vorwärts geht. Es wurde noch beschlossen, 100 Mark auf der Sparkasse anzulegen. Mit einem Appell an alle Kollegen, den Schnapsboykott aufs schärfste weiterzuführen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Rundschau.

Winterfeld. In Miltenberg ist kürzlich der Steinbruchbesitzer Karl Winterfeld im 64. Lebensjahre gestorben. Er begann seine Laufbahn als mittelöfter Mainchiffer und nach und nach erwarb er Steinbrüche in Ebelshaus, Zell, dem Steigerwald, Rembach, Wertheim, Trennfeld, Fehrenbach, Miltenberg, Großheubach, Klingenberg, Heidingsfeld, Rottenbauer, Grünsfeld und Randersacker, in der Pfalz und in Niederrhein. Für eine große Anzahl von Gebäuden in Berlin, Hannover, München, Köln, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und Darmstadt lieferte die Firma die Steinmehrarbeiten. In den meisten Betrieben der Firma waren die Arbeitsverhältnisse die denkbar traurigsten. Arbeitsstunden und Aufenthaltsräume waren in jämmerlichen Zuständen.

Sozialpolitisch war B. äußerst rückständig. Die Löhne der Arbeiter wiesen auffallend niedrige Sätze auf, im Maintal war die Firma von den Steinmehrbetrieben getrennt und nur in der Not suchten dieselben die Steinmehrbetriebe derselben auf. B. stand

allen modernen Fortschritten auch in technischer Beziehung feindlich gegenüber. Die Betriebe sind altväterlich eingerichtet. Es stand im Sinne seiner ersten Beamten, die, wie allgemein bekannt war, auf Gratifikationen hinarbeiteten. Um sich in der Bevölkerung ein gutes Andenken zu sichern, hat W. verschiedene Legate eingesetzt, insgesamt etwa 1 Million Mark. Den Steinmetzen und Brechern wäre es schon lieber gewesen, wenn ihnen der Verstorbenen höhere Löhne bezahlt hätte.

Unternehmerorganisationen. Der soeben erschienene Jahresbericht des bayrischen Industriellenverbandes weist für das abgelaufene Jahr eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern auf. Am 1. Oktober 1910 gehörten dem Verbande 714 Einzelmitglieder und 17 Verbände mit nahezu 3000 Mitgliedern an. Die Zahl der von den Mitgliederfirmen beschäftigten Arbeiter betrug über 190 000. Für die Arbeiterschaft ein Ansporn, unermüdet an dem Ausbau und der Stärkung ihrer Organisation zu arbeiten.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe trat am Mittwoch im Reichstagsgebäude unter Leitung des Geheimrats Biedfeld, Oberregierungsrat Mayer-München und Magistratsrat Dr. Böbling-Verlin zur ersten Sitzung zusammen. Der deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat mit seiner Vertretung die Herren G. Neumann, Leipzig, E. Scherz, Frankfurt a. M., W. Wolfram-Breslau und Behrens-Hannover beauftragt. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat seine Vorsitzenden Bümelburg und Behrend, der Zimmererverband den Vorsitzenden Schrader und der christliche Bauarbeiterverband den Vorsitzenden Wiedeberg für die Vertretung bestellt.

Die Beratung beschränkte sich auf die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. Zur Verhandlung und Entscheidung der in großer Anzahl vorliegenden Streitfälle wird das Schiedsgericht erst nach einigen Wochen zusammentreten können. Inzwischen werden die vorliegenden Beschwerden und Anträge den Parteien unter Beifügung der Begründung ausgestellt werden. Voraussichtlich wird die nächste Verhandlung Anfang Februar beginnen können und dann mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Sind Baukontrollen aus Arbeiterkreisen notwendig? Für die Arbeiter ist das keine befremdliche Frage. Die bürgerlichen Mehrheiten in den Volksvertretungen aber wehren sich gegen die Anstellung von Baukontrollen aus Arbeiterkreisen, weil sie eine stärkere Kontrolle der Bauten befürchten. Wie dringend notwendig diese im Interesse von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter ist, das zeigt wieder die Baukontrollen, die die Bauarbeiterschutzkommission in Leipzig in der Zeit von 7. bis 18. November vornahm. Kontrolliert wurden 457 Bauten. Aus den zahlreichen Mängeln, die die Kommission vorfand, seien hier nur folgende erwähnt. An den äußeren Gerüsten fehlten auf 43 Bauten Sockelbretter, auf ebenfalls 43 die Barrieren. Schutzgerüste für Dachbeder und Klempner fehlten auf 16 Bauten; Schutzgerüste beim Ueberhandmauern über Arbeitsplätzen der Kalktöpfe fehlten auf 37 Bauten. Vor Absturz aus offenen Fenstern waren die Arbeiter auf 31 Bauten nicht sicher. Auf 32 Bauten war die Balkenlage, auf der gearbeitet wurde, nicht vollständig abgedeckt; auf 27 Bauten waren die Deckungen in den Balkenlagen und die Zugänge nicht abgesperrt. Auf 32 Bauten waren die Leitergänge nicht in Ordnung. Verbandslasten fehlten auf 48 Bauten. Trotz der bestehenden Verordnung, daß vom 1. November ab Bauten bei Innenarbeiten mit Fenstern versehen sein müssen, arbeiteten bei offenen Fenstern die Bauarbeiter auf 60 Bauten, Stukkateure und Maler auf 4, Maler auf 11, Töpfer auf 1, Anschläger, Schlosser und andre auf 21 Bauten, während auf 26 Bauten die Arbeiter nur teilweise vor Zugluft geschützt waren. 13 Baubuden hatten kein wasserdichtes Dach, 20 keinen Fußboden, in 100 war kein Tisch, in 4 keine Bänke und in 13 keine Defen; in 118 Buden fehlte die Beschleunigung. Auch die Aborte waren vielfach nicht vorzürstigmäßig eingerichtet. — Diese angeführten Mängel sind aber nur ein Teil der vorgefundenen. Dabei hat die Kommission nicht einmal alle Bauten kontrollieren können, weil auf ein ganzes Reihe die Baukontrollen unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen vom Bau gewiesen wurden. Wie es auf diesen Bauten ausgefallen haben mag, kann man sich denken. Ein Unternehmer wies die Baukontrollen mit der Begründung vom Bau, daß er von der Berufsgenossenschaft die Aufforderung erhalten habe, keine Kontrolle zuzulassen, weil die Bauarbeiterkommission jüdische Anzeigen und Lügen mache! Daß die Berufsgenossenschaften gegen die Bauarbeiterschutzkommission arbeiten, ist ja bekannt; für die Behauptung, daß die Kommission unwahre Angaben mache, steht natürlich jeder Beweis. Die hier vorgefundenen Mängel beweisen aufs neue und schlagend, wie dringend notwendig Baukontrollen aus Arbeiterkreisen sind.

Vorlesungen über Heimatschutz. Ueber angewandten Heimatschutz werden in diesem Winter zwölf Vorlesungen von der Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz veranstaltet, die für Studierende Sonntags von 6-7 Uhr im fürjaale 36 der Technischen Hochschule zu Charlottenburg stattfinden. Es werden dabei behandelt: Naturveränderung und Heimatschutz (Prof. Wetekamp), Geologie und landschaftliche Schönheit (Dr. Menzel), Physiognomie und Charakter der Pflanzen im Landschaftsbild (Willy Lange), Denkmalspflege (Privatdozent Zeller), Das Dorf als künstlerischer Siedelungstypus (Robert Mielke), Das Bauernhaus (Geh. Baurat Mühlfeld), Die Dorfstraße (Baurat Bittner), Bürgerliche Bauweise (Prof. Casar), Ingenieurbauten im Landschaftsbild (Prof. Franz), Bauverordnungen in ihren Beziehungen zum Heimatschutz (Reg.-Baumeister Kloppe), Volkswirtschaft und Heimatschutz (Dr. Keller), Volkskunst und Hausindustrie (Robert Mielke).

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

- Bis zum 11. Januar 1911 haben folgende Zahlstellen abgerechnet und die Quartalsabrechnung eingekandt.
1. Gau. Brandenburg, Bülow, Frankfurt a. O., Königsberg, Gosen, Klost, Wolgast.
 2. Gau. Altwarthau I, Beuthen, Breslau, Bunzlau, Deutmannsdorf, Arnsdorf, Regnitz, Hohenau, Jannowitz, Mittelsteine, Oberpeilau, Rüdgers, Strehlen, Ströbel, Wenig-Madwig.
 3. Gau. Aue, Naugen, Cunewalde, Greiz, Köbau, Meissen II, Mittweida, Oberlungwitz, Plauen, Riesa, Sebnitz, Treuen, Weichsburg, Zwickau, Zöblitz.
 4. Gau. Falkenhain, Gera, Grimma, Löbstein, Wurzen.
 5. Gau. Ehringsdorf, Eisenach, Erfurt, Gotha, Jena, Rudolstadt.
 6. Gau. Blankenburg, Braunschweig, Bremen, Emdorf, Einbeck, Eiterhagen, Gommern, Halberstadt, Hamburg, Hannover II, Hasserode, Hildesheim, Cassel, Königsutter, Langelsheim, Verbach, Uineburg, Lutter, Oldenburg, Osterwald, Wildemann.
 7. Gau. Bede, Videnbach, Eöln I, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Gellentirchen, Blombacherbach, Münster, Niedermendig, Rütthen, Sprockhövel, Witten.
 8. Gau. Alsenz, Altleiningen, Bensheim, Darmstadt, Dürleheim, Höchstetten, Heppenheim, Kaiserslautern, Kirchhausen, Kreuznach, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, Neuhagen-Neufkirchen, Neustadt, Obermörlen, Reichenbach, Rimbach, Speyer.
 9. Gau. Crailsheim, Derdingen, Emmendingen, Freiburg (Baden), Geweiler, Hagenu, Karlsruhe, Konstanz, Mühlhausen, Neuenstein, Ochsenburg, Seebach, Sternensfeld, Stuttgart, Sulzfeld, Triberg, Volksberg.
 10. Gau. Augsburg, Aunkirchen, Bayreuth, Berned, Bruckmühl, Büchberg, Edenkotten, Floss, Flossenbürg, Gefrees, Hof, Kaiserhammer, Kiefersfelden, Kirchenlamitz, Metten, München, Nordendorf, Schwarzenbach i. E., Selb, Seuffen, Weihenstadt, Wunsiedel, Zell.

II. Gau. Amorbach, Bamberg, Bürgstadt, Echartshausen, Eibelstadt, Faulbach, Fridenhausen, Grünfeld, Jphofen, Gohmannsdorf, Kleinrinderfeld, Rugberg, Großheubach, Marktbreit, Miltenberg, Odenburg a. N., Ochsenfurt, Schopfloch, Würth, Ziegelanger, Küssfeld.

Die noch fehlenden Zahlstellen werden ersucht, ihre Abrechnungen sofort abzugeben, wenn sie noch bei dem Abschluß von 1910 berücksichtigt werden wollen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. Dezember 1910 bis mit 7. Januar 1911.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Stittchenbach, B. 180.50, K. 4.70, M. 1.—. Sudwigschafen, B. 100.—. Höchst a. M., B. 60.48. Deßeln, B. 52.90. Remscheid, B. 4.10. Laage, B. 3.70. Schönbach, B. 3.—. Verfa, B. 2.80. Markranstädt, B. 5.50. Herbornelbach, Ab. 2.80. Berlin, B. 2300.—. Brüd, B. 162.—, K. 20.—, M. 0.75. Perlichdorf, B. 60.—. Gauswalde, B. 78.20, E. 7.—, K. 0.60, M. 6.20. Jannowitz, B. 210.—. Langenlathen, B. 23.70, K. 3.30. Mayen, B. 356.—, E. 25.—. Sulzfeld, B. 121.80. Wolgast, B. 100.—. Königsbrunn, B. 168.—. Kupferdreh, B. 50.—. Gefrees, B. 320.—, E. 1.50, K. 20.—. Einbeck, B. 200.—. Cassel, B. 94.—, E. 6.—. Videnbach, B. 42.—. Wittingen, B. 11.40. Zschbach, B. 1.80. Burghausen, B. 1.90. Starfom, B. 3.50. Aue, B. 795.—, E. 2.50, K. 20.—. Dortmund, B. 318.—, E. 5.—. Hamburg II, B. 500.—, E. 10.—, K. 30.—, M. 20.—. Niederramstadt, B. 57.80. Eibelstadt, B. 252.—. Abainville, B. 10.80. Elster, B. 3.50. Kiefersfelden, B. 348.60, M. 6.—. Treuen, B. 150.—, K. 10.—. Remscheid, B. 1.20. Tlepe, B. 1.80. Andelburg, B. 4.50. Aunkirchen, B. 156.—, M. 0.20. Eöln II, B. 150.—. Flossenbürg, B. 126.—, E. 5.—, K. 5.—. Freiburg, B. 140.—, K. 4.80. Beuthen, B. 70.—. Berned, B. 117.60, K. 2.—. Demitz, B. 630.—, E. 15.—, Ins. 4.—. Gamburg I, B. 500.—, K. 20.—. Hannover I, K. 4.40, M. 0.20. Uineburg, B. 50.40. M. 0.60. Langensalza, B. 180.—, M. 0.50. Marktbreit, B. 200.—. Raulbronn, B. 33.60, E. 1.50, K. 0.10, M. 0.40. Mittweida, B. 255.—, K. 10.—. Regensborn, B. 27.20, K. 0.40. Neujorg, B. 210.—, E. 4.—, K. 25.—, M. 8.—. Selb, B. 172.50, E. 5.—, K. 10.—. Weihenstadt, B. 282.—, E. 7.50, K. 6.50. Braunlage, Ab. 2.80. Greifswald, B. 4.80. Dörpe, B. 5.30. Pant, B. 0.80. Siebenwerda, B. 12.55. Rempfen, B. 7.50. Altmasser, B. 6.30, K. 0.50, M. 0.40. Emden, B. 6.80. Rendsburg, B. 2.—. Remscheid, B. 5.45. Braze, B. 3.—. Köslin, B. 2.50. Ebersdorf, K. 0.30. Erösta, B. 68.—. Stuttgart, B. 84.—. Schwarzenbach, B. 793.25, E. 10.—, K. 20.—, M. 1.40. Ochsenburg, B. 63.—, K. 6.—. Heidingsfeld, B. 206.50, E. 1.25, K. 3.60, M. 2.—. Hochstetten, B. 128.18, E. 2.—, K. 1.10, M. 0.80. Säcklich, B. 875.30, E. 9.50, K. 64.10. Braunschweig, B. 80.—. Brandenburg, B. 100.38, K. 10.—, M. 1.—. Alt-Barthau I, B. 200.—. Altenglan, B. 12.24, K. 0.90, M. 0.40. Bunzlau, B. 404.58, K. 40.—, M. 9.20. Balduinstein, B. 89.—, K. 10.—. Eöln I, B. 327.—, E. 2.50, K. 4.—. Heppenheim, B. 160.—, E. 5.—, K. 29.10. Densbach, B. 205.—, K. 17.50. Kaiserslautern, B. 168.—, E. 5.—, K. 20.—, M. 10.80. Mainz, B. 150.—, M. 6.—. Niedermendig, B. 118.06, E. 1.50, K. 4.30, M. 1.95. Zwickau, B. 200.—, E. 1.—, K. 20.—, M. 3.—. Gamburg, Ins. (Dittich), 26.—. Rempfen, B. 40.50. Dittelsdorf, B. 21.—. Emden, B. 13.70. Zerbst, B. 12.50. Neufreilich, B. 8.40. Pant, B. 8.40. Altenburg, B. 6.—. Meiningen, B. 4.80. Königsvalde, B. 2.60. Tlepe, B. 2.10. Zaucha, K. 0.40. Wünschelburg, B. 113.40, K. 3.30. Strehlen, B. 991.14, E. 3.—, K. 6.60. Nürnberg, B. 141.75. Mainz, B. 30.—. Leipzig, B. 1000.—. Hof, B. 187.—, E. 0.50, K. 12.70, M. 0.80. Grünfeld, B. 78.—, E. 20.—, M. 0.50. Gera, B. 111.70, E. 1.—, K. 4.40, Ins. 2.80. Gera, B. 49.50. Fridenhausen, B. 168.36, E. 1.50, K. 1.50. Feghenbach, B. 116.—. Ehringsdorf, B. 12.60, Ins. 2.20. Brüd, K. 9.—. Bremke, B. 71.40. Altenglan, K. 9.—. Bochum, B. 60.—. Bede, B. 244.—, E. 10.—. Greifeld, B. 60.—, K. 0.20. Deutmannsdorf, B. 111.78, E. 0.50, K. 10.80, M. 0.40. Dorfprozelten, E. 2.—. Eisenach, B. 121.86, E. 0.50, K. 5.10, M. 0.90. Erfurt, B. 72.25, E. 2.—, K. 10.—, M. 0.50. Echartshausen, B. 28.56, E. 0.50, K. 3.80. Floss, B. 420.—, K. 10.—. Höffingen, B. 3.78, E. 4.50. Hagen, Div. 10.—. Gamm, B. 9.20, K. 0.80. Kirchbach, B. 89.04. Meiten, B. 453.56, E. 0.50, K. 10.50. Nürnberg, B. 858.25. Ochsenfurt, B. 109.40, E. 7.75, K. 11.30. Seuffen, B. 288.54, K. 23.70. Trier, B. 40.—, E. 0.50, K. 0.50. Würth, B. 14.28, K. 6.15. Witten, B. 30.—. Würzburg (Vohse), B. 18.20, K. 2.—. Leipzig (Vüthi), K. 0.80. Abainville, B. 39.59. Feibe, B. 12.10. Heinstetten, B. 9.05. Weihenfeld, B. 8.40. Oldernhau, B. 3.—. Graz, Ab. 4.80. Brüz, Ab. 1.20. Seebach, Ins. 2.80. Pflaumenheim, B. 3.40. Zöblitz, B. 136.48, E. 4.—. Ströbel, B. 417.90, K. 0.15. Rüdgers, B. 233.82, E. 4.25, K. 29.55, M. 0.80. Dresden-Pirna, B. 6205.50, K. 6.80. Müllersbach, B. 30.24. Grimma, B. 252.—. Veudau, B. 1393.38, E. 9.—, M. 27.40, Ab. 1.—. Amorbach, B. 53.72, E. 5.—, K. 2.40, M. 0.40. Alsenz, B. 127.26, E. 0.50, K. 6.80, M. 0.75. Naugen, B. 98.70, K. 1.80. Crailsheim, B. 117.50, E. 0.50, K. 2.30. Dürtheim, B. 582.10, E. 6.—, K. 24.80, M. 5.—. Gommern, B. 2860.20, E. 37.50, K. 58.—, M. 1.30. Jannowitz, B. 55.—, E. 5.—, K. 15.75. Königsutter, B. 91.98, K. 0.75. Weissen II, B. 182.55, Ins. 2.50, K. 1.20. Mühlheim, B. 120.—. Schopfloch, B. 137.70, E. 0.50, K. 13.50. Schwarzenbach, B. 126.75. Treuen, B. 13.60, E. 2.—, K. 14.25, M. 2.40. Wunsiedel, B. 191.52, K. 12.80, M. 6.—. Weihenstadt, B. 143.—, K. 6.25. Neufreilich, B. 2.—. Neufreilich, B. 2.50. Emden, K. 0.20. Glauchau, Ins. 2.80. Striegau, B. 5230.82, E. 29.—, K. 95.10, M. 70.—. Riesa, B. 98.80, K. 1.20, M. 1.80. Verbach, B. 51.90, K. 0.90. Langelsheim, B. 106.68, K. 5.30. Kreuznach, B. 30.66, E. 0.50. Karlsruhe, B. 240.70, E. 6.—, K. 0.10, M. 4.35. Gotha, B. 132.94, E. 1.—, K. 2.—. Echartshausen, B. 136.—. Eibelstadt, B. 200.—. Emdorf, B. 168.30, E. 1.—, K. 1.40, M. 0.10. Bayreuth, B. 195.72. Bülow, B. 70.—, E. 0.50, K. 1.30. Wensheim, B. 60.06, K. 1.30, M. 0.40. Breitenborn, B. 29.24, E. 1.—. Augsburg, B. 230.75. Aunkirchen, B. 59.55, E. 1.—, M. 0.20. Bremen, B. 191.50, E. 0.50, K. 12.—. Bede, B. 42.—, K. 10.25, M. 1.—. Berned, E. 2.50, M. 6.50. Braunschweig, B. 43.50. Crailsheim, B. 37.50. Freiburg, B. 78.—. Gohmannsdorf, B. 169.86, E. 5.—. Jena, B. 79.75, E. 1.50, K. 7.50. Kirchenlamitz, B. 38.—, K. 13.15. Ramenz, B. 262.—, K. 8.—, M. 2.—. Konstanz, B. 105.—, K. 2.25. Königsutter, B. 46.20, K. 7.05. Sudwigschafen, B. 118.98, E. 1.—, K. 6.80. Lutter, B. 37.80, K. 1.95. Mühlhausen i. Eif., B. 272.50, E. 7.—, K. 17.50. Münster, B. 25.—, E. 0.50. Raumburg, B. 96.60, E. 4.—, K. 8.75, M. 2.40. Regensborn, B. 25.50, K. 1.50. Niedermendig, B. 21.—. Rudolstadt, B. 28.98, K. 1.90. Sulzfeld, B. 287.06, E. 1.50, K. 13.60, M. 0.75. Sternensfeld, B. 173.04, E. 2.—, K. 14.50, M. 6.—. Ulm, B. 90.98, K. 6.75, M. 2.—. Ströbel, B. 592.—, E. 5.—, K. 23.25. Strahburg, B. 125.—, K. 0.75, M. 10.—. Wolgast, B. 3.—, E. 1.—, M. 5.—.

Ludwig Weist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Osnabrück. Der Steinmetz Herrmann Keil aus Apolda (Buchnummer 13629), der als Kassierer fungierte, ist mit der Kasse durchgebrannt. Die Adresse des Keil ist sofort dem Zentralvorstand zu übermitteln.
G. Stühmer, Kassierer, Kleine Haudenstraße.
Riesa. Ich ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Richard Kulewa, geb. am 22. November 1887 in Oppeln,zugehen zu lassen.
Max Otto, Schützenstraße 20.
Jena. Der Steinmetz Wendel Svätilo, geboren in Jünfkirchen, möchte seine Adresse an Unterzeichneten senden.
Karl Wiffanggi.
Gotha. Die zureisenden Kollegen haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Vorsitzenden zu melden.

Adressen-Änderungen.

- Kirchberg.** Vorf.: Ernst Weipenfeld, Kirchberg-Stadt, Teutensbacher Str. 313 B, I. Kass.: Richard Weipenfeld, Kirchberg-Stadt, Jnnungsstraße 141 F, I.
Königsutter. Vorf.: Karl Friede, Breite Straße 16. Kass.: Karl Vrecht, Steinfeld.
Magdeburg. Vorf.: Otto Grohn, Gr.-Ottersleben b. Magdeburg, Halberstädter Straße 34.
Gera. Vorf.: Martin Neumeister, Alte Schloßgasse 11.
Schwarzenbach. Vorf.: Emil Gottwald.
Kleinrinderfeld. Vorf.: Michael Grafer. Kass.: Jsthor Karckes.
Mühlhausen (Eif.). Vorf.: Nikolaus Ohrel, Köhlinstr. 27. Kass.: Karl Specht, Repperstraße 54, III.
Mannheim. Vorf.: Richard Barino, U 5, Nr. 4, II. Kass.: Wilhelm Rüdch, Augartenstraße 27, I. — Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer, von 5-8 Uhr abends, ausgezahlt.

Briefkasten.

Arnsdorf. Die Adresse lautet: München, Galeriestraße 17 (1.50 Mk. vierteljährlich). — Weimar. Die Gratulation kommt etwas spät. — **Mittweida.** Formular erbeten. — **A. N. in Ehr-Wende** Dich an unseren Vertrauensmann Hans Weindl in Kappelrodek (Baden).

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr
Mitglieder-Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiter)
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung und Neuwahl derselben. — 2. Verschiedenes.
Kollegen erscheint ohne Ausnahme.
Voranzeige: Die Generalversammlung unserer Zahlstelle findet am Sonntag, den 29. Januar, statt.
Die Ortsverwaltung.

Unübertroffen einfacher

und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker** das an den betr. Fachschulen gelehrt Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Dankschreiben, Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.
Bonnese & Hachfeld, Potsdam-W. 18.

Schürzen

Hausmachereien, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Waffin-Sofen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Mehrere tüchtige Hand- u. Maschinenfleißer

für dauernde Arbeit zu sofort gesucht.
Granitwerk Karl Heining, Rostock (Mecklbg.).
Die Zahlstelle **Wechselburg** (Sachsen) besitzt aus Anlaß ihrer letzten Tarifrevision eine Anzahl **Risfches** von allen bei der Steinbearbeitung vorkommenden Profilen usw. Sollten andere Zahlstellen bei der Schaffung oder Neuauflage ihrer örtlichen Tarife solche **Risfches** benötigen, so wende man sich an den Zahlstellenvorstand von **Wechselburg**. Die **Risfches** werden billig abgegeben.
Albin Kirchhöl, Vorsitzender.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß der frühere Steinmetz, spätere Fruchtweihändler
Emil Golbs
in Pirna am Sonntag, den 8. Januar, verschieden ist.
Th. Ernst.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.)
In **Alt-Barthau** am 1. Januar der Kollege **Heinrich Fischer**, 36 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Auerbach (Vogtland)** am 1. Januar der Kollege **Richard Bach**, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Bremen** am 6. Januar der Kollege **Karl Volkborn**, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Durch seine Begeisterung für die Arbeiterbewegung sowie durch seinen geraden, offenen Charakter hat sich der Verstorbenen eine bleibende Stätte in den Herzen der bremischen Steinarbeiter gesichert.
In **Gommern** am 4. Januar der Kollege **August Plehn**, 59 Jahre alt, an Nervenleiden.
In **Königsheim (D.-L.)** am 6. Januar der Kollege **Gustav Müller** aus Seifersdorf (D.-L.) nach einer Operation infolge Gehirnentzündung.
In **Konstanz** am 6. Januar der Kollege **Johann Abele**, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In **Mittweida** am 1. Januar der Kollege **Richard Hoffmann**, 45 Jahre alt, an Darmverengung.
In **Strahburg (Eif.)** am 28. Dezember der Kollege **Jakob Schreffel**, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Ziegelanger** am 6. Januar der Kollege **Joseph Brunn**, 26 Jahre alt, an der Schwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul E. Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenwerte und Produktion im Jahre 1910. — Montanwerte und Kohlen- und Hoheisenzeugung. — Die Einflüsse auf die Börsenstimmung. — Amerikanische Beunruhigung. — England.

Alle jetzt erscheinenden Jahresrückblicke der Presse und der Wirtschaftsorganisationen bestätigen das Bild, das hier an der Hand der Arbeitsmarktstatistik von Mich. Calwer gezeichnet werden konnte, und 1909 war das erste Erholungsjahr nach der Krise, aber noch mit allen Schwächen einer Uebergangszeit behaftet; 1910 brachte bei noch immer starken Schwankungen nach den Einzelmonaten und Einzelberufen von neuem ein rasches Vorwärtsschreiten, so daß die Erwartungen für 1911 im allgemeinen nicht als ungünstige angesehen zu werden brauchen.

Dabei wurde durch das Jahr 1910 eine neuerdings immer häufiger gemachte Erfahrung abermals bestätigt: die geringe Uebereinstimmung zwischen der gleichzeitigen Bewegung der Börsenwerte und des Produktionsgetriebes. Während 1910 die Produktion auslebte, bröckelten die Börsenkurse nach den meisten Richtungen ab — trotz des starken Währungswechsels der Werte, wie er sich beispielsweise in der Ertragssteigerung der Umsatztsteuer widerspiegelt (Januar bis November 1909 17,69 Millionen Mark, 1910 21,43 Millionen Mark). Vor allem die Montanwerte verzeichneten, 1910 mit 1900 verglichen, starke Abschlüsse, gar nicht selten von 30 und mehr Prozent. So standen an der Berliner Börse die Dezember-Quotationskurse:

	1909	1910
Selbstkühner Bergwert	222.—	209.50
Sarpener Bergwert	209.50	184.25
Laurahütte	199.75	170.—
Rheinische Stahlwerke	192.50	163.—
Rombacher Hütte	196.50	179.25
Dochumer Gußstahl	254.—	222.—
Deutsche Luxemburg	221.25	199.50

Phönix lag allerdings eine hervorragende Ausnahme, die Dezemberkurse stiegen hier von 224.50 auf 241.50.

Halten wir die Produktionsziffern von Kohle und Hoheisen dagegen, die bis November vorliegen. Von Januar bis November stellte sich die Kohlenproduktion in Tonnen (10 Doppelzentner):

	1909	1910
Steinkohlen	186 004 767	189 279 035
Braunkohlen	62 222 270	62 703 706
Koks	19 507 217	21 455 271
Preßkohlen aus Steinkohlen	3 611 547	4 086 138
Preßkohlen aus Braunkohlen	13 564 829	13 749 370

In der Hoheisenproduktion hatten wir 1907, sogar noch bis in den Dezember hinein, Monat für Monat Rekordziffern. 1908 brachte, mit Ausnahme des durch das Schaltjahr verlängerten Februars, während aller Monate einen Rückgang. 1909 erlebte seit März zwar meistens eine Besserung gegen 1908, aber erst seit dem November eine Besserung auch gegen 1907. 1910 übertrifft im Januar das Vorjahr ganz wesentlich. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beziffert sich in Deutschland (und Luxemburg) die Hoheisenzeugung in Tonnen:

Monat	im Höchstjahr 1907	1909	1910
Januar	1 062 152	1 021 721	1 177 574
Februar	978 191	949 667	1 091 351
März	1 099 257	1 078 216	1 250 184
April	1 077 703	1 047 197	1 202 117
Mai	1 094 314	1 090 467	1 261 735
Juni	1 044 836	1 067 421	1 219 071
Juli	1 123 966	1 091 059	1 228 316
August	1 117 545	1 100 671	1 262 804
September	1 091 020	1 068 345	1 232 477
Oktober	1 138 676	1 113 763	1 291 379
November	1 112 225	1 119 052	1 272 333
Dezember	1 106 375	1 164 624	—

1910 übertraf demnach nicht nur sein Vorjahr in allen Monaten, sondern sogar das bisher erreichte Rekordjahr 1907 (die starke Linie versucht, für das Auge die neuen Höchstziffern abzugrenzen).

Die Preise von Kohle und Eisen entwickelten sich allerdings für das Kapital nicht gleich günstig — einen vergleichenden Überblick behalten wir uns bis zum Erscheinen der Dezember-

statistiken vor. Aber selbst dies in Rücksicht gezogen, bleibt der Widerspruch zu den Börsenkursen ein unverkennbar scharfer.

Der Grund liegt in erster Linie darin, daß die Börse während des Jahres 1909 in ihren Bewertungen Produktionsgewinne vorwegzunehmen suchte, die in solcher Höhe tatsächlich gar nicht erzielt werden konnten, und daß 1910 die unausbleibliche Korrektur von spekulativen Erwartungen sich vollzog, die aber mit einer ungünstigen Verschiebung der Produktions-tafeln nichts zu tun hat. Bei den Montanwerten spielt selbst in diese, an sich notwendige Korrektur schon wieder eine vielleicht übertrieben ungünstige Zukunftsrechnung mit hinein, und man stellt der Erneuerung der Syndikate, über die das Jahr 1911 entscheiden muß, eine sehr wenig vertrauenerweckende Horoskop, und man weiß, daß kapitalistisches Syndikat und Profit ebenso eng zusammenhängen wie Arbeiterorganisation und Lohn. Endlich stehen die Börsen international in so enger Verbindung, daß auch gewisse Einflüsse von außen her bei den fast allgemeinen Kursabbrücheln in Deutschland während des Jahres 1910 mit in Rechnung gesetzt werden müssen.

Die verwirrende Kraft bildete hier besonders Amerika, und da man am Jahresende, sowohl von England wie von Deutschland aus, eher mit noch mehr Beunruhigung über den Ocean hinüberblickt wie am Jahresanfang, so sei hierbei noch etwas länger verweilt.

Auch die Vereinigten Staaten waren im Jahre 1909, nach dem vollkommenen Zusammenbruch seit dem schwarzen Oktober 1907, von neuem Wiederaufleben erfüllt, das von der Spekulation sofort zu überstiegenen Kurstreiberien ausgenutzt wurde. Aber von den Eisenbahnen gingen in der Tat zum erstenmal wieder gewaltige Neubestellungen an Lokomotiven, Personen- und Güterwagen, Schienen, Schwellen und Brückenbaumaterialien aus. Die Eisen- und Stahlwerke sahen sich aus ihrer bedrängten Lage befreit, der „Boom“ kam allseitig in Schwung. Eht amerikanisch vollzog sich alsdann plötzlich ein vollständiger Umschlag an den Börsen erstmals schon im Januar 1910. Im Kongreß bereiteten sich neue gesetzgeberische Eingriffe gegen den Tarifwucher und die Tarifwillkür der Eisenbahnen und gegen die Trusts vor; nach altbewährter Praxis gingen die Betroffenen sofort daran, auf die öffentliche Meinung dadurch einen Druck auszuüben, daß sie wie auf übereinstimmendes Kommando die Bestellungen einschränkten, die Zukunft der Eisenindustrie entsprechend in den schwärzesten Farben schilderten und mit Hilfe der verbündeten und beherrschenden Finanzgruppen die ganze Börse und sogar den ganzen Kreditbau des Landes in ihre Machenschaften hineinzogen. Im Juni wiederholte man den Anlauf nochmals in verstärktem Maße; dazu gestellte sich eine Erschütterung der Kupferwerte, denen für Amerika stets — man denke an den Anstoß zum Oktoberkrach von 1907 — eine außerordentliche Rolle beizumessen ist. Ende 1910 schlachtete man nach Herzenslust die Unheilssprohgezeiten des Eisenbahnkönigs James J. Hill, des Gründers und Leiters der großen nördlichen Ueberlandbahnen, aus: eine schwere Krise sei für 1911 unausbleiblich, natürlich abermals vor allem infolge der unverantwortlichen Drangsalierungen der unschuldigen Eisenbahnen und Trusts. Die erste Bekämpfung schien nicht auszubleiben; die Northern Bank of New York, die im Krisenjahr 1908 der Verschmelzung verschiedener Kleinbanken entsprungen war, brach vor dem Jahresende zusammen, gleichzeitig schloß die Washington Savings Bank ihre Schalter; sie zahlte Einlagen erst nach zweimonatiger Kündigungsfrist. Satten sich die Stammaktien des Stahltrusts von 22 wieder auf 95 gehoben, so stiegen sie jetzt wiederum auf gegen 72. Die Union Pacific, zum Harriman-system gehörig, hatte bereits 219, gegen 100 im Jahre zuvor, wieder erreicht; sie bleibt jetzt unter 170, Amalgamated Copper steht wieder gegen 62, im Vergleich zu 93% am Beginn des Jahres. Ein Ende dieser Baifsekämpfe, bei denen skrupellose politische Berechnungen und wirkliche wirtschaftliche Mißstände in unlösbarer Weise sich verflachten, ist vorläufig nicht abzusehen und darum traut man in Europa diesem überseeischen Wetterwinkel weniger denn je.

Zum Schluß noch ein paar Beispiele, daß in England die Lage wesentlich ähnlich ist wie in Deutschland. Das Bankers' Magazine stellt regelmäßig für 887 „repräsentative“ Börsenwerte Indexziffern zusammen. Danach ist seit April ein fortwährendes Abflauen an der Börse zu konstatieren. Die Kurssummen beliefen sich nämlich, nach der Zunahme von 1909, in Millionen Pfund Sterling am Ende jedes Monats:

Zeitraum	1909	1910
Dezember 1909	3711	März 1910 3714
Januar 1910	3710	April „ 3726
Februar „	3717	Mai „ 3717

Monat	1910	1909
Juni	3693	Oktober 1910 3671
Juli	3687	November „ 3641
August	3657	Dezember „ 3695
September	3646	

Die englische Produktion hat jedoch eine wesentlich andre Richtung, nämlich fast durchgängig nach aufwärts, eingeschlagen. Der Arbeitslosenprozentfuß der Trade Unions war im November 1909: 6,5, im November 1910: 4,6 und er würde ohne den Arbeitskampf im Schiffsbau noch günstiger gewesen sein. Die Einnahmen der 21 führenden Bahngesellschaften wuchsen im ersten Halbjahr 1910 um 3 Prozent, im zweiten Halbjahr (bis 25. Dezember) um 2,89 Prozent, was die Interessenten selber als ein befriedigendes Ergebnis beurteilen. Die Einfuhr- und Ausfuhrziffern, die Abrechnungen der Clearinghäuser lassen durchaus vorteilhafte Schlussfolgerungen zu. Die Börse ist eben nirgends mehr ein untrüglicher Barometer des Wirtschaftsweters, obwohl ihre Krisen, durch Ueberstürzungen auf den Geld- und Kreditmarkt und andre Weiterwirkungen, zuletzt natürlich immer auch für die Produktion bedenklich werden müssen.

Berlin, den 8. Januar 1911. Max Schippel.

Unternehmer-Argumentation.

Ein beliebtes und vielgebrauchtes Argument, das unsre befugende Klasse zur Begründung der Notwendigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zugleich gegen die aufstrebende Arbeiterschaft anwendet, ist, der Arbeiter habe kein Interesse an der Arbeit. Wenn ihn die Not nicht zwänge, würde er in den Zustand der Trägheit zurückfallen. Daß man auf jener Seite zu dieser unsinnigen Auffassung gelangen konnte, wundert uns nicht, da ja von Anhängern der ideologischen Geschichtsauffassung die Unternehmer als Lokomotivführer im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben hingestellt werden. Wie sieht es nun mit der Interesslosigkeit der Arbeiterschaft zur Arbeit in Wirklichkeit aus, und welches Interesse hat der Arbeiter individuell an der Arbeit?

Unter Arbeiterschaft im engeren Sinne verstehen wir alles, was gegen Lohn arbeitet. Will man den Begriff erweitern, so kann man allerdings den Künstler, den Gelehrten usw. unter die Arbeiterschaft rechnen (was sich freilich ein Teil von ihnen verbieten dürfte), kurz, alles was produktiv tätig ist. Der Künstler und der Gelehrte, der nicht für Lohn arbeitet, sondern zu seiner Freude Werte schafft, woran sich andre ergötzen oder Belehrung nehmen, dürfte allerdings ein andres Interesse an seiner Arbeit haben als wie die Lohnarbeiterschaft. Genau wie der einzelne über das Gelingen seines Werkes Freude empfindet, so empfindet die gesamte Arbeiterschaft Freude über das Gelingen eines großen Werkes, zu dessen Ersten sich viele Hände vereinigen. Wenn die Bauarbeiter einen schönen Palast errichtet haben, so wird jeder Freude über das Gelingen desselben haben. Zugleich wird aber das Gefühl in ihnen geweckt, daß durch diese ihrer Hände Arbeit für einen einzelnen oder für einige wenige ein angenehmer Aufenthalt geschaffen worden ist, während die große Masse in hohen Mietskasernen oder dumpfen Kellerwohnungen haust. Wenn die Werftarbeiter ein großes Schiffschiff erbaut haben und es vom Stapel läuft, so werden sie sich gewiß über das Bauwerk freuen; aber ihre Freude wird gedämpft durch das Bewußtsein, daß mit jedem Schiff, das sie bauen, ihre sowie die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft verschlechtert wird. Durch jedes neue Schiffschiff werden der Masse der Bevölkerung neue Steuern auferlegt.

Daß die Arbeiterschaft der Arbeit nicht interesselos gegenübersteht, beweist die Entwicklung allgemein. Der Kampf der Arbeiter ist nicht nur ein Kampf um materielle, sondern auch um ideale Interessen. Nicht nur um ein größeres Stück Brot, um mehr Licht, um kürzere Arbeitszeit, sondern auch um die Arbeit so zu gestalten, daß der Mensch in der Arbeit seine Befriedigung findet, kämpft die Masse.

Nicht interesselos steht die Arbeiterschaft der Arbeit gegenüber, sondern individuell sowie korporativ hat sie das größte Interesse daran, daß die Arbeit in vernünftige Bahnen gelenkt wird, zum Wohle der gesamten Menschheit. Allerdings kann sie kein Interesse daran haben, daß der einzelne auf Kosten der Gesamtheit sich bereichert und ein Wohlleben führt, während die Erzeuger der Kulturwerte in Not und Elend dahinkegeln. Unter Interesse der Arbeiter an der Arbeit versteht die Kapitalistenklasse Verzichtleistung an den Gewinn der Arbeit, und unter Interesslosigkeit das Streben der Arbeiterschaft nach mehr Anteil am Gewinn.

Daß der Arbeiter nur der Not gehorchend arbeite, ist eine elende Verleumdung.

Der Untergang der Sklaverei im Altertum.

Die römische und griechische Kultur des Altertums bauten sich auf der Sklavenarbeit auf. Jahrhunderte hindurch hat in den antiken Kulturstaaten die Sklaverei bestanden. Weil sie aber in derselben Zeit ihr Ende nahm, in der sich das Christentum entwickelte, hat nicht nur die christliche, sondern auch ganz allgemein die ideologische Geschichtsschreibung die Ueberwindung der Sklaverei lediglich dem Christentum zugeschrieben. Wie wenig das zutrifft, zeigt ja schon die Tatsache, daß viele Jahrhunderte später, im Zeitalter des Christentums, die Sklaverei in Amerika wieder eingeführt wurde, wozu sogar ein Jesuitenpater die Anregung gegeben hatte. Der Untergang der Sklaverei im Altertum ist ebenso in der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu suchen wie ihre Entstehung. Die Ideen und Klassenkämpfe hatten an der Ueberwindung der Sklavenarbeit keinen andern Anteil, als sie heute und in Zukunft an der Ueberwindung der Lohnarbeit haben. Solange die ökonomischen Vorbedingungen fehlten, blieb der Sozialismus eine Utopie. Und alle Klassenkämpfe der modernen Zeit würden zu keiner sozialistischen Produktion führen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht die Möglichkeit hierzu oder gar die Notwendigkeit schaffe. Der Einfluß der Ideen wird dadurch nicht ausgeschlossen. Aber die schönsten und humansten Ideen bleiben unfruchtbar, wenn sie den materiellen Lebensbedingungen widersprechen. Daß das römische und griechische Volk beim Untergange der Sklaverei humaner und gesitteter gewesen sei als in der Zeit, in der die Sklaverei zuerst in die Erscheinung trat, wird von den meisten Geschichtsschreibern bestritten. Die Sklaverei wurde aber auch weder in Rom noch in Griechenland „abgeschafft“, ihre Ueberwindung vollzog sich vielmehr durch Jahrhunderte hindurch. Die Kämpfe der Sklaven, welche auch die hauptsächlichsten Träger der Sklaverei entgegenstehenden Ideen waren, haben diese Entwicklung beschleunigt und zum Abschluß gebracht. Aber daß die Sklaverei über ein halbes Jahrtausend hindurch die Grundlage einer Kultur bilden konnte, und auch solche Gemeinwesen nicht zusammenbrachen, in denen eine winzige Anzahl freier Bürger unter Hunderttausenden von Sklaven lebte, die ihre Beherrschung hätten mit Leichtigkeit erdrücken können, deutet schon

an, daß man das Wesen der antiken Sklaverei nicht etwa allgemein mit der Regersklaverei in den südamerikanischen Staaten des vorigen Jahrhunderts auf eine Stufe stellen kann. Die Geschichte der antiken Sklaverei ist auch noch wenig erforscht und eine Darstellung vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus fehlte bisher gänzlich. Deshalb ist die Studie von Dr. Ettore Cicotti über den Untergang der Sklaverei im Altertum* sehr zu begrüßen. Die fleißige Arbeit des italienischen Forschers räumt mit vielen falschen Vorstellungen über die antike Sklaverei gründlich auf und zeigt die materiellen Ursachen, aus denen heraus die Sklaverei entstand, Jahrhunderte hindurch sich halten konnte und endlich unterging.

Den Ursprung der Sklaverei darf man nicht im Kriege und auch nicht in der Gewalt im allgemeinen suchen. Der Krieg ist zu einem mächtigen Werkzeug der Sklaverei geworden, aber diese selbst ist erst mit der Entwicklung der Produktion entstanden. Auch Griechenland weist in der ersten Zeit seiner Geschichte keine Sklaverei auf. Wie bei allen Völkern mit einfacher landwirtschaftlicher Produktion waren ursprünglich auch in Griechenland nur vereinzelt Sklaven zu finden. Eine größere Anzahl von Sklaven zu halten, tritt erst mit der Entwicklung des Wohlstands auf, aber als eine Sitte der Großen, die sich die Sklaven zu ihrer persönlichen Bedienung hielten. In der Produktion wurden die Sklaven erst verwendet mit der Entwicklung des Bergbaues. Die Ausbeutung der Gruben im großen Maßstab war in den ältesten Zeiten nur denkbar durch Zwangsarbeit. Deshalb wurden die Kriegsgefangenen in die Bergwerke geschickt. Und dann wurden auch alle großen Anlagen und Bauwerke, zu denen Hunderte oder Tausende von Arbeitskräften erforderlich waren, mit Kriegsgefangenen hergestellt, die zur Arbeit gezwungen wurden. Die übrige Verwendung der Sklaven in der Produktion vollzog sich aber in wesentlichen in ganz andern Formen, als man sich allgemein noch vorstellt.

Die freie Arbeit wurde durch die Sklavenarbeit nicht etwa ausgeschlossen, sie wurde nicht einmal in ihrer Entwicklung unterbrochen, sondern durch die Zufuhr der Sklaven noch gefördert. Bereits am Ende des fünften Jahrhunderts vor unrer Zeitrechnung war in Griechenland die Klasse der Handwerker stark

entwickelt. Cicotti sucht nun nachzuweisen, daß der größte Teil der zahlreichen Sklaven in Griechenland entweder als eine Art Lohnarbeiter für die Handwerker tätig war oder als Pächter auf einem kleinen Landgut saß. Ein Landgut von Sklaven zwangsweise bearbeiten zu lassen, sei viel zu kostspielig gewesen, schon wegen der großen Ueberwachung, die sich nötig gemacht hätte. Zwangsarbeit war auch stets eine minderwertige Arbeit, und qualifizierte Arbeit sei weder in Griechenland, noch in Rom zwangsweise zu erzielen gewesen. Die großen Grundbesitzer hätten daher in Griechenland und in Rom ihre Landgüter in der Regel in kleinen Parzellen an einzelne Sklaven oder im ganzen an eine größere Anzahl von Sklaven verpachtet. Sklaven anstatt Freie als Pächter einzusetzen, bot besondere Vorteile. Denn der Sklave durfte kein Eigentum erwerben, seine Treue und Zuverlässigkeit war deshalb auch größer als die der freien Pächter. Auch die Besitzer kleiner Bauerngüter haben schließlich ihr Eigentum Sklaven in Pacht gegeben, um in der Stadt leben zu können, vielleicht einem andern Erwerbe nachgehend. Ähnlich hat der Handwerker Sklaven beschäftigt. Zu einem Handwerk ausgebildete Sklaven erhielten einen Stücklohn für ihre Arbeiten, die sie natürlich lediglich für ihren Herrn zu dem von diesem festgesetzten Preis verrichten mußten. Diese Sklaven brauchten dann nicht im Haushalt ihres Herrn zu leben, sie konnten einen eignen Haushalt gründen und ihre Lebensweise und rechtliche Stellung unterschied sich denn von der der heutigen landwirtschaftlichen Pächter, Kleinbauern, Lohnarbeiter und Seimarbeiter nur dadurch, daß sie ständig für ihren bestimmten Herrn — Abnehmer — arbeiten mußten und keinerlei politische Rechte hatten. Andre Sklaven, meint Cicotti, hätten aber auch keine andern Belegungen zu ihrem Herrn gehabt als daß sie diesem nur eine bestimmte Summe von ihrem Verdienste abliefern mußten.

Bekannt ist ja, daß viele Sklavenbesitzer die Sklaven nicht selbst beschäftigten, sondern zeitweise vermieteten. Der Besitzer erhielt dann eine Miete, der Sklave einen Akkordlohn. Nur fürperlich schwere Arbeiten, für die freie Arbeiter überhaupt nicht zu haben waren, wurden durch Zwang unter Aufsicht von Intretreibern hergestellt. Aber es ist auch bekannt, daß die Griechen und mehr noch die Römer sehr bald dazu übergegangen sind, auch ihre Bergwerke an Sklaven zu verpachten.

Nur so läßt es sich erklären, daß in Attika 400 000 Sklaven neben 21 000 Bürgern gelebt haben sollen. Cicotti bestreitet die

* Der Untergang der Sklaverei im Altertum. Von Dr. Ettore Cicotti. Deutsch von Oda Olberg. Berlin 1910. Buchhandlung Vorwärts.

In den Zustand der Trägheit zurückfallen bedeutet den Vorwurf der Faulheit. Daß diese Argumentation noch von Gelehrten gestützt wird, ist um so mehr bedauerlich, da sich in neuester Zeit auch in diesen Kreisen immer mehr und mehr Verständnis über die Arbeiterfrage Bahn bricht. Ich will absolut nicht verallgemeinern, aber wie uns Genosse P a r o u s in seinem Heft 6: Der Klassenkampf des Proletariats zeigt, gibt es immerhin noch solche Prachtexemplare von Wissenschaftlern. Wahrscheinlich zählt sich Herr Professor Ehrenberg zur Klasse der Lohnarbeiter. Herr Professor Ehrenberg hat vor den Spitzen der österreichischen Kapitalistenklasse, der Wiener Sektion des Bundes österreichischer Industrieller, einen Vortrag gehalten über das Wesen — des Unternehmertums. Genosse Parous schreibt: Herr Professor Ehrenberg charakterisierte das Unternehmertum folgendermaßen: Will man sich über Wesen und Bedeutung des Unternehmers klar werden, so muß man ausgehen von der Beobachtung, daß die Trägheit zu den besonders tief wurzelnden ursprünglichen Eigenschaften der Menschen gehört, und daß sich auch jetzt noch, trotz aller tausendjährigen Erziehung, in allen Volksklassen immer wieder viel Neigung zeigt zum Rückfall in den Naturzustand des trägen Beharrens. Deshalb braucht die menschliche Gesellschaft auch auf der Höhe der Kultur noch der Solomotivführer, welche berufen und geeignet sind, den Gang zur Trägheit bei sich und andern zu überwinden. Das vor allem ist die Aufgabe des Unternehmers. Er ist die verkörperte Willenskraft der neuzeitlichen Gesellschaft. Er hat den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern durch Begründung und Leitung von Unternehmungen, in denen die Menschen mit Hilfe des Sozialisierungssystems zur stetigen Anspannung ihrer Kraft erzogen werden. Nur darf der Unternehmer nicht durch Ueberreizung seines Solomotivessels (menschliche Gesellschaft. D. Verf.) das Tempo der Bewegung forcieren und hierdurch die Volkskraft schädigen.

Vorsichtshalber hat der Herr Professor die zwei Worte „bei sich“ eingeschaltet, und das ist gut so. Denn wenn der Gang zur Trägheit wirklich trotz jahrtausendelanger Erziehung noch so groß ist, dann beweist es eben die alte Geschichte, daß alle Gesellschaftsformen veränderlich sind, mit ihnen auch die kapitalistische, ferner die großen Sünden und die Untauglichkeit der heutigen Form, die Menschen wirklich zu erziehen.

Zu den am meisten noch mit gebrauchten Argumenten kommt noch das der Robott hinzu. In welcher Schicht die größte Robott herrscht, ist nicht schwer zu erraten. Wir brauchen nur an die brutale Aussperrung der Bauarbeiter zu erinnern, und ein Bild, wie es brutaler und roher nicht zum Ausdruck kommen kann, sehen wir vor uns. Um die Arbeiter vom Mitbestimmungsrecht der Arbeitsverhältnisse auszuschließen, will man sie erst tüchtig aushungern, indem man ihnen die Gelegenheit zum Arbeiten nimmt. Nach dem Begriff jener Herren ist das allerdings keine Robott; wenn es aber der Arbeiter magt, getrieben durch die Verteuerung der Lebensmittel, sich durch Arbeitseinstellung bessere Verhältnisse zu schaffen, so ist es nach dem Begriff jener Herren Solomotivführer der Inbegriff alles Schlechten, Gemeinen und Rohen.

Verstümmelt ist zum größten Teil das Argument, der Arbeiter verkaufe ja doch nur den Mehrerdienst, wenn er viel freie Zeit habe. Hier sowie in allem andern hat die Arbeiterklasse jenen Herren deutlich zu verstehen gegeben, daß ihre Argumente Unsinn sind. So wie es den Schnapsbrennern durch strikte Durchführung des Leipziger Parteitagbeschlusses fühlbar gemacht werden kann, so kann es den Herren der andern „Couleur“ recht zu Gemüte geführt werden, wenn unsere Kollegen sich an den Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig) in Masse anschließen; so werden wir den Solomotivführern der Steinindustrie eine Bremsvorrichtung schaffen, damit sie das Tempo der Bewegung nicht forcieren und hierdurch die Kraft der Steinarbeiter schädigen.

Aus dem bürgerlichen Recht.

Was ist pfändbar?

Während beim Jahresfeste die Bestimmungen über die Verzehrungsfristen vielfach erörtert werden, taucht zu Anfang des Jahres ebenso häufig die Frage „Was ist pfändbar?“ auf. Die Erläuterung der hierauf bezüglichen Bestimmungen dürfte für die Arbeiter äußerst wichtig sein. Nach dem § 811 der Zivilprozessordnung sind der Pfändung nicht unterworfen die Kleidungsstücke, die Betten, die Wäsche, das Haus- und Küchengerät (hierunter fallen auch die Möbel), insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstands unentbehrlich sind; ferner die für den Schuldner, seine Familie und sein Gefolge auf vier Wochen erforderlichen Nahrungsmittel, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel oder, soweit solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden sind und ihre Beschaffung für diesen Zeitraum auf anderem Wege nicht gesichert ist, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag. Sofern gewerbliche Arbeiter in Betracht kommen, unterliegen auch die zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände (also das Handwerkszeug) nicht der Pfändung. Weiter dürfen nicht gepfändet werden die

Wichtigkeit dieser Zahlen. Aber wenn die Zahl der Sklaven auch geringer war, der Zustand hätte sich nicht aufrecht erhalten lassen, wenn er lediglich auf Zwang beruht hätte. Für einen großen Teil der Sklaven mag die Sklaverei nicht drückender gewesen sein als die Abhängigkeit der heutigen Kleinbauern von ihren Hypothekengläubigern oder der Heimarbeiter und Fabrikarbeiter vom Unternehmer.

Daß die Formen der Sklaverei vielfach nur in der oben geschilderten Weise bestanden haben müssen, geht auch daraus hervor, daß bedeutende Künstler und Gelehrte in Griechenland und Rom, die äußerlich ein ganz freies Leben führten, Sklaven gewesen sein sollten.

Die Freilassung von Sklaven vollzog sich aber auch von Anfang an ständig und in größerem Umfange aus rein wirtschaftlichen Gründen. Der Sklaveneigner war verpflichtet, für die Ernährung der Sklaven zu sorgen, auch wenn er keine Beschäftigung mehr für sie hatte. In wirtschaftlichen Krisen oder wenn das Getreide recht teuer geworden war, in Zeiten des schlechten Geschäftsganges und der Teuerung also, wurden deshalb zahlreiche Sklaven freigelassen. Dadurch wuchs eine freie Arbeiterschaft heran und die freie Lohnarbeit wurde billiger als die Sklavenarbeit. Auch die auftretenden Krankheiten und Seuchen unter den Sklaven, die in Massen zur Zwangsarbeit gehalten wurden, führten zu Freilassungen. Denn die große Sterblichkeit der eingesperrten Sklaven machte die Sklavenwirtschaft sehr teuer.

Die Bevölkerung von Griechenland und Rom bestand daher sehr bald aus einem Gemisch von freien Bürgern, Freigelassenen und Sklaven, und der Geschichtsschreiber kann im wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Leben dieser Staaten nur schwer eine Grenze finden, die sich zwischen diesen drei Schichten hingog. Sklaven nehmen, im Dienste eines Großen, Stellen als hohe Staatsbeamte ein und kommen zu großem Reichtum, während Tausende von Freien als elende Proletarier leben. Sklaven und Freigelassene oder deren Nachkommen leben als Gelehrte oder Dichter, sie werden die geistigen Führer der Rechtlosen und kämpfen für eine juristische und moralische Verbesserung der Lage der Sklaven. Sklavensituationen bedrohten die Gesellschaft. Die immer zahlreicher gewordenen freien Arbeiter, Handwerker und Bauern machen die kostspielige Sklavenarbeit aber auch immer überflüssiger und unmöglicher. Die Sklaverei wird nur noch als ein Uebel erkannt und verschwindet aus der Produktion.

Bücher, welche zum Gebrauche des Schuldners oder seiner Familie in der Kirche oder Schule oder einer Unterrichtsanstalt oder bei der häuslichen Andacht bestimmt sind; die in Gebrauch genommenen Haushaltungs- und Geschäftsbücher, die Familienpapiere, sowie Trauringe, Orden und Ehrenzeichen, endlich künstliche Gliedmaßen, Brillen und andre wegen körperlicher Gebrechen notwendige Hilfsmittel, soweit diese Gegenstände zum Gebrauche des Schuldners und seiner Familie bestimmt sind.

Hierzu dürfen dem Schuldner nur die entbehrlichen Sachen, z. B. überflüssige Möbelstücke usw. gepfändet werden. Nach dem § 812 der Zivilprozessordnung sollen Gegenstände, die zum gewöhnlichen Hausrate gehören und im Haushalte des Schuldners gebraucht werden, nicht gepfändet werden, wenn ohne weiteres ersichtlich ist, daß durch deren Verwertung nur ein Erlös erzielt werden würde, welcher zu dem Werte außer allem Verhältnis steht. Dieser Paragraph ist im Jahre 1898 eingefügt worden, um Gegenstände des gewöhnlichen Verbrauchs, welche für die Erhaltung des Hausstands einen nicht unerheblichen Wert und damit für die fernere Ermöglichung der Existenz des Schuldners eine große Bedeutung haben, meistens aber alt und abgenutzt sind und daher nur einen geringfügigen Wert haben, der Pfändung zu entziehen. Bezüglich dessen, was für den Schuldner und seine Familie unentbehrlich ist, hat man dem Gerichtsvollzieher freien Spielraum gelassen. In den Fällen jedoch, wo nach Ansicht des Schuldners unentbehrliche Gegenstände gepfändet worden sind, muß innerhalb 14 Tagen, vom Tage der Pfändung ab gerechnet, Bescheid resp. Einwendung beim Amtsgericht eingereicht werden. Dies kann auch mündlich zu Protokoll des Gerichtsvollziehers geschehen. Was nun die Möbel anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß für jede Person ein Bett vorhanden sein kann. Ist dies nicht der Fall, und das Sofa würde z. B. als Schlafstelle benutzt, dann unterliegt das Sofa auch nicht der Pfändung. Einen Kleiderkasten und eine Wäschekommode ist dem Schuldner auch zu belassen. Sofern das Zimmervermieten, z. B. bei einer Witwe, als Erwerbstätigkeit in Betracht kommt, sind nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts zu München vom 13. Aug. 1909 auch die in diesen Zimmern befindlichen Möbel nicht pfändbar. Ist die Ehefrau entweder als selbstständige Schneiderin oder für ein Geschäft tätig, so ist deren Nähmaschine auf keinen Fall pfändbar. Ist dies nicht der Fall und die Frau weist nach, daß sie mit der Maschine die Kleidungsstücke für ihre Person resp. Töchter anfertigt, so haben auch hier schon einzelne Gerichte die Nähmaschine für unpfändbar erklärt. Irrtümlicherweise glauben viele Arbeiter, daß Fahrrad, auch wenn sie es nach der Arbeit benutzen, unterliege nicht der Pfändung. Dem ist jedoch in allen Fällen nicht so. Ist die Arbeitsstätte mittels der Eisenbahn oder der Elektrischen zu erreichen, dann wird das Fahrrad gepfändet. Nur wenn die Arbeitsstätte mittels der Bahn nicht zu erreichen und dieselbe außerhalb des Wohnortes des Schuldners liegt, soll dem Arbeiter das Fahrrad belassen werden. Dagegen ist das Motorrad eines Weinreisenden und Brauereivertreters nach dem Oberlandesgericht Kolmar deshalb für unpfändbar erklärt worden, weil diese Personen das Rad den ganzen Tag über zur Ausübung ihres Gewerbes gebrauchen. Unter der gleichen Begründung ist der Schreibstisch eines Agenten für unpfändbar erklärt worden. Die Badeeinrichtung dagegen gilt als entbehrlich.

Die Ehefrau haftet nach dem § 1410 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit ihren in die Ehe eingebrachten Sachen niemals für die Schulden des Mannes. In dem Falle nun, wo für eine Schuld des Mannes Sachen der Frau gepfändet werden, muß diese vom Gläubiger die Freigabe verlangen, und zwar unter Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung. Dies kann wie folgt geschehen:

Halle a. S., 10. Januar 1911.

Kaufmann Artur Reichmut

Leipzig.

Sie haben durch den Gerichtsvollzieher Müller in unserer Wohnung folgende Gegenstände pfänden lassen:

1. ein Bettkorn,
2. in Sofa.

Ich gebe hiermit die eidesstattliche Versicherung ab, daß diese Gegenstände nicht Eigentum meines Mannes, des Arbeiters B. Frühlhaf, sondern mein Eigentum sind. Ich habe diese Sachen bereits als Mädchen eigentümlich besessen und dieselben mit in die Ehe gebracht.

Beweis: Quittierte Rechnung (auf meinen Mädchennamen lautend) des Tischlermeisters G. Peters, Halle (Saale).

Ich ersuche nun höflichst um Freigabe meines Eigentums innerhalb drei Tagen, andernfalls ich Interventionsklage einreichen müßte.

Hochachtungsvoll

Frau Anna Frühlhaf, Halle a. S., Karlstraße 1.

Den Brief wolle man einschreiben lassen. Gibt der Gläubiger dann die Sachen nicht frei, so begibt sich die Ehefrau 2-3 Tage vor dem Termin, zu welchem der Gerichtsvollzieher die Versteigerung der gepfändeten Gegenstände anderaumt hat, zum Amtsgericht und läßt die Interventionsklage auf der Gerichtsvollzieherei aufnehmen. Eine Abschrift von obigem Briefe und das Pfändungsprotokoll muß sie mit nach dem Gericht

„Die Sklaverei wurde nicht durch Gesetz abgeschafft und blieb auch noch in der Praxis bestehen, aber als ein Ueberrest aus der Vergangenheit.“ Die Sklaverei verschwand nur sehr langsam. Aber sie war zuletzt nur auf die häusliche Wirtschaft und die Dienerschaft beschränkt.

Ciccottis interessante Studie verdient große Beachtung. Aus ihr lassen sich auch viele Schlüsse für die Gegenwart ziehen.

Apborismen.

Edel sei der Mensch,
Hilfreich und gut!
Dies nur allein unterscheidet ihn
Von allen Wesen, die wir kennen.
Unermüdllich schaff' er
Das Nützliche, das Rechte.
Der edle Mensch
Sei hilfreich und gut!

Goethe.

Strebe nach etwas Großem, strebe nach dem schwer Erreichbaren; es gibt nichts Großes, das leicht zu erreichen wäre. Beschränke deine Ziele nicht auf Unternehmungen, deren Erfolg sich in wenigen Jahren oder auch nur während deines Lebens erhoffen läßt. Fürchte nicht den Vorwurf der Donquichotterie oder des Fanatismus; hast du vielmehr erst reiflich erwogen, was du unternehmen willst, und siehst du deinen Weg klar vorgezeichnet, und bist du fest überzeugt, das Rechte zu tun, so gehe vorwärts, selbst auf die Gefahr hin, in Stücke zerissen zu werden von denselben Männern, durch deren gewandte Herzen dein Vorhaben dereinst vollendet werden wird. Kämpfe mit aller Kraft gegen jedes Hindernis, einerlei, wie groß oder klein auch die Zahl derer ist, die dich untertügen. Bist du im Recht, so wird die Zeit schon kommen, da die kleine Erfolgsgeschichte zu einer großen Menge anschwellen wird. — Strebst du nach etwas Edlem und erreichst du es, dann wirst du gewöhnlich noch vieles andre gleichzeitig mit erreicht haben. Hundert andre gute und edle Dinge, an die du gar nicht gedacht hast, werden nebenbei erreicht sein, und zwar um so sicherer, je schärfer und aufregender der Kampf war, welcher dem Siege voranging.

John Stuart Mill.

nehmen. Mit der Klage ist gleichzeitig ein Antrag auf vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung bis zur Erledigung der Interventionsklage zu verbinden. Führt die Pfändung nicht zur Befriedigung des Gläubigers, so ist dieser berechtigt, den Antrag auf Abnahme des Pfändungsbeschlusses zu stellen. Dieser Antrag ist bei dem Amtsgericht einzureichen, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz resp. Aufenthaltsort hat. Weigert sich der Schuldner, den Offenbarungseid zu leisten, so kann das Amtsbüro gegen ihn beantragt werden. In diesem Falle hat der Gläubiger aber die erforderlichen Verpflegungskosten auf einen Monat (in Preußen betragen diese z. B. 1 Mark pro Tag) vorauszubehalten, ebenso 15 Mark für den Gerichtsvollzieher für die Vornahme der Verhaftung durch denselben. Die Haft darf bis zu sechs Monaten ausgedehnt werden. Nach erfolgter Verhaftung kann der Schuldner sich aber sofort zur Eidesleistung bereit erklären. Nachdem dies geschehen, erfolgt die Entlassung. Leistet der Schuldner den Eid, so hat er ein genaues Vermögensverzeichnis vorzulegen. Das Amtsgericht führt auch ein Verzeichnis derjenigen Personen, welche vor ihm den Offenbarungseid geleistet haben oder gegen welche wegen Verweigerung des Eides die Haft angeordnet worden ist. Die Einfihr des Verzeichnisses ist jedermann gestattet. Wenn fünf Jahre nach der Eidesleistung verstrichen sind, so wird der Name in dem Verzeichnis unkenntlich gemacht. Wer den Eid einmal geleistet hat, ist zur nochmaligen Leistung des Eides einem andern Gläubiger gegenüber nur verpflichtet, wenn glaubhaft gemacht wird, daß er später Vermögen erworben hat. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn seit der Eidesleistung fünf Jahre verstrichen sind.

Das zum Schluß noch die Pfändung des Arbeitslohnes für Privatschulden anbetrifft, so ist nur der 1500 Mark pro Jahr resp. der 28.85 Mark pro Woche übersteigende Betrag pfändbar. Wegen vorzunehmender Pfändungen muß man sich an den Gerichtsvollzieher; wegen Lohnpfändung dagegen an das Amtsgericht wenden. Betrag der Lohn weniger wie 1500 Mark, dann ist die Pfändung desselben nur zulässig für Alimentationsansprüche der Eltern, Großeltern, Kinder, Enkel, der Ehefrau sowie der unehelichen Kinder; endlich wegen direkter persönlicher Staatssteuern und Kommunalabgaben (einschließlich Kreis-, Kirchen- und Schulsteuern), die nicht seit länger als drei Monaten fällig sind.

Schnaps in Verkleidungen.

Der Branntwein ist ein bißchen in Verruf gekommen. Erstens weil von allen Seiten, selbst von den „Mähtigen“, so sehr gegen ihn losgezogen wird, zweitens wegen des fatalen Boykotts, den man doch nicht ganz übersehen kann. Zwar wird noch manches Gläschen mehr oder weniger heimlich getrunken, aber offiziell muß man sich doch von ihm loslagern. Darum verschwinden allmählich die Schnapsannoncen aus den Parteiblättern.

Daß das den Produzenten und Händlern nicht paßt, ist begreiflich; nicht minder, daß sie auf Abhilfe sinnen. Und wie leicht ist sie zu finden! Branntweinanfänkungen sind verpönt; wer aber könnte etwas dagegen einwenden, wenn den kranken Genossen und Genossinnen wohlfeile und wirksame Hausmittel gegen verschiedene Leiden empfohlen werden? Man will doch nicht immer gleich zum Arzt laufen und die Krankenkasse in Anspruch nehmen! Wie leicht verdirbt man sich mit Gurkenalat oder einem Glase Bier (es können auch mehrere sein) einmal den Magen, wie froh ist man, wenn dann so ein „Kräuterwein“ oder ein anderes Elixir im Schrank steht, das die abscheulichen Beschwerden mildert. Zu anderen Zeiten griff man in solch fatalen Tagen wohl nach einem Kognal, Bitteren oder Magenlikör, in Bonkottzeiten tut das aber ein gemütsstärkender Genosse nicht. Daß sich es sich mit „Balsbrianum“ oder „Dr. Engels Nektar“ oder einem anderen Unversalnmittel wie sie die menschenfreundlichen Frau Subert Ulrich in Leipzig (u. a. mehr) zu wahren Spottpreisen verschickt. Daß sie so liebenswürdig ist, in ihren Anzeigen auch die Zusammensetzung dieser Heilmittel mitzuteilen, ist besonders nett von ihr; es hätte zwar auch sonst niemand daran gezweifelt, so aber erfährt man es schwarz auf weiß, daß diese „Weine“ mit den Phantasiennamen sich von Schnapsen nur sehr wenig unterscheiden. Im Liter. sind 150 Gramm Spiritus enthalten; dazu kommen noch 300 bis 400 Gramm „Samos“ oder „Malaga“, sog. Weine, denen stets Spiritus in größeren oder kleineren Mengen beigegeben ist. Man kann also mit Bestimmtheit annehmen, daß diese angepriesenen Getränke 20-25 Prozent Alkohol enthalten, einem Branntwein also so ähnlich sehen wie ein Ei dem anderen.

Daß diese Zubereitungen auf die zahlreichen Krankheiten und Leiden, gegen die sie empfohlen werden, auch nur den geringsten wohlthätigen Einfluss ausüben, ist gänzlich ausgeschlossen; im Gegenteil muß vor ihnen gewarnt werden, da sie — wie eben alle gebrannten Getränke, ja wie alle Alkoholika überhaupt — bei wiederholtem oder gar regelmäßigem Genuße unbedingt eine Verschlimmerung des Zustandes herbeiführen. Für den Augenblick mag ja zuweilen dank der narzotischen Wirkung des Alkohols eine Linderung der Beschwerden eintreten, diese wird aber durch eine bleibende Schädigung des erkrankten Organs erkaufte. Die Versprechungen des Erzeugers sind natürlich durchaus haltlos und aus der Luft gegriffen.

Schnaps bleibt Schnaps, auch wenn er aus Malaga und Spiritus zusammengemischt wird. Derartige Anzeigen sollten Parteiblätter darum nicht aufnehmen, sollten es um so weniger tun, weil durch sie kranke Genossen zu unnützen Gelbtaggaben verführt, zum Branntweingenuß wider Willen und Wissen veranlaßt, in ihrer Gesundheit geschädigt werden, endlich weil die große Gefahr besteht, daß auch Kindern in der besten Absicht solche „Medizin“ gereicht wird. Lieber offen Branntwein ankündigen als derartiges heimtückisches Zeug!

Dr. med. Holtfischer.

Literarisches.

Stummer Lehrmeister für die gesamte Kunststeinbranche von Karl Müller in Gommern (Bezirk Magdeburg). Das 710 Seiten starke Buch ist äußerst packend geschrieben. Man merkt es, daß der Verfasser über ein großes Stück Praxis verfügt, denn er verfährt langatmig theoretische Auslassungen. Aus dem Buche erfährt man wiederum, wie überhaupt für die Kunststeinindustrie in lebhafter Weise Propaganda gemacht wird. Diejenigen Unternehmer, welche nur Naturstein verarbeiten, können daraus eine Lehre ziehen. Das Müllersche Buch weist 1900 Abbildungen auf, ein Beweis, daß es in erster Linie für Praktiker geschrieben ist.

Vollstreckung — Polizeiwilfür. Die Wahlparole des schwarzen Blods. Neben der Abgeordneten David, Frank, Scheidemann und des Reichskanzlers bei den Staatsberatungen am 9.-14. Februar 1910. Nach den stenographischen Berichten. Preis 40 Pfg.

Diese Broschüre will alle in der Agitation tätigen Genossen und Genossinnen mit wirkungsvollem Material versehen und es ist deshalb die weiteste Verbreitung zu empfehlen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrad. 50 Hefte à 20 Pfg. Revolutionen ein reich illustriertes Heft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 5-7 sind erschienen. Abonnements — die jederzeit begonnen werden können — nimmt jeder Zeitungspediteur und Kolporteur entgegen; sie liefern auch auf Wunsch ein Probeheft gratis